

**Orientierung
gesucht:**

**Wie es unserer
Gesellschaft vor
den Neuwahlen
geht**



**More in
Common**

ÜBER MORE IN COMMON

More in Common hat sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach unserem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weit mehr als ein friedliches und zugewandtes Miteinander. Er ist Vorbedingung für einen zentralen Aspekt lebendiger Demokratie: Streitfähigkeit über alle Unterschiede hinweg. Wir sind eine überparteiliche Organisation, die mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Wir haben Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, Brasilien und Deutschland. Dabei lernen und arbeiten wir länderübergreifend.

DAS STUDIENTEAM

Jérémie Gagné (Forschungsleitung und Text)
David Melches (Analyse und Text)
Ben Mason-Sucher (Datenaufbereitung)
Anna Lob (Kommunikation und Koordinierung)

HINTERGRUND ZUR STUDIE

More in Common untersucht seit 2019 in regelmäßigen Abständen die Dynamik der deutschen Gesellschaft, um frühzeitig Gefahren und Potenziale für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu identifizieren. Mit dieser Studie schreiben wir unsere bereits während der Corona-Pandemie begonnene Forschung zur gesellschaftlichen Dynamik in Krisenzeiten fort. Wir wollen verstehen, wie es den Menschen in Deutschland nach Jahren der Herausforderungen sowie in politisch unbeständigen Zeiten geht, und wohin sie vor den Bundestagswahlen 2025 ihren Zukunftsblick richten.

Um Antworten zu finden, haben wir erneut mit dem renommierten Meinungsforschungsinstitut Verian (früher Kantar Public) zusammengearbeitet. Die diesem Bericht zugrundeliegende Forschung umfasst eine quantitative Online-Panel-Befragung von 2.023 Menschen im September und Oktober 2024 sowie mehrere qualitative Fokusgruppen-Runden mit unterschiedlichen Bevölkerungssegmenten im Februar und April 2024.

IMPRESSUM

More in Common e. V. ist beim Amtsgericht Charlottenburg registriert (VR 36992 B)
www.moreincommon.de | deutschland@moreincommon.com
Anschrift: More in Common e. V., Hermannstraße 90, 12051 Berlin
Verantwortlich i. S. d. P.: Laura-Kristine Krause, Gründungsgeschäftsführerin

Design und Grafik

TAU GmbH, Berlin

Inhaltsverzeichnis

1	Erst Dauerkrise, dann politischer Knall: Wie geht unsere Gesellschaft in das Wahljahr 2025?	4
2	Große Themen: Was treibt uns derzeit im Alltag und politisch um?	8
3	Gesellschaftliche Temperatur: Wie blicken wir derzeit aufeinander?	21
4	Unser Gemeinwesen: Was halten wir von unserer Demokratie?	33
5	Zukunftsgestaltung: Ein Land, das in die Gänge kommt	44

**Erst Dauerkrise, dann
politischer Knall:
Wie geht unsere
Gesellschaft in das
Wahljahr 2025?**



Manchmal kommt es anders, manchmal geht es schnell. Eigentlich wollten wir mit dieser Studie in aller Ruhe herausfinden, mit welchem Ausblick und welchen Bedarfen die Menschen in Deutschland in ihr reguläres Bundestagswahljahr 2025 gehen würden. Dann haben sich die politischen Ereignisse überschlagen und unsere Befunde eine deutlich akutere Note bekommen. Das nehmen wir als Chance an: **Wir wollen die Gelegenheit ergreifen, mit unseren frischen Erkenntnissen Orientierung darüber zu geben, was nun in unserer Gesellschaft wichtig ist.**

Der zuletzt immer offenere Zwist in der bisherigen Bundesregierung war für die Menschen in der Bundesrepublik nur das letzte Glied einer längeren Kette schwieriger Nachrichten. Auf die Pandemie folgten Krieg in Europa und die Inflation, auch Gewalttaten, und dann stagnierte noch die Wirtschaft. Menschen wurden verunsichert, mussten sich teils auf nie dagewesene Maßnahmen einstellen, haben schwierige und scharfe Debattenlagen erlebt, wurden müde daran. Schon länger erlebten sie dabei eine Politik, die ihnen zu häufig handlungsunfähig und zerfahren schien. Erschwerend kommt hinzu, dass unsere Gesellschaft bereits mit belasteten Vertrauensbezügen (zwischen den Menschen genauso wie zwischen Menschen und Gemeinwesen) in all diese Krisen hineingegangen war.

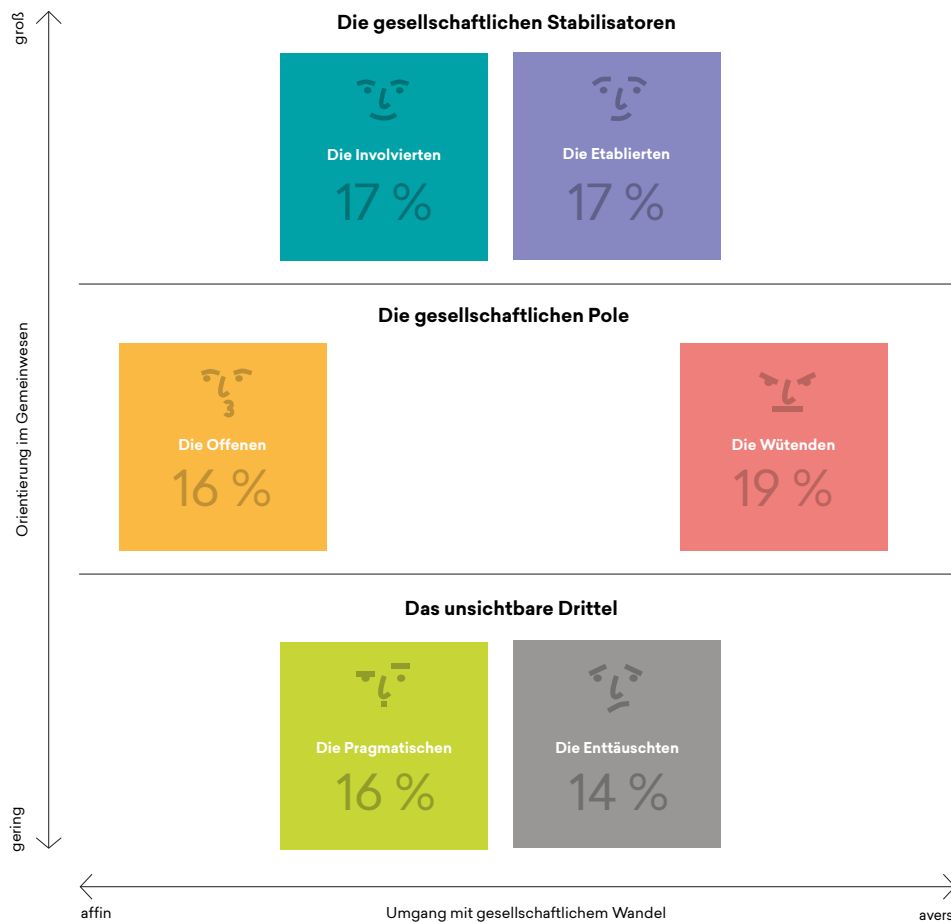
Diese fordernden Jahre haben wir von More in Common intensiv mit unserer Forschung begleitet.¹ **Bereits seit einiger Zeit war dabei unsere Sorge, dass wir in Deutschland in den Dauerzustand eines Hoffungsdefizits geraten**, das sich schlimmstenfalls selbst verstärken kann, weil wir das Zutrauen in unsere Gesellschaft verlieren. Wir konnten auch aufzeigen, in welchem Maße eine solche Lage illiberalen Kräften zugutekommt. Mit den voraussichtlichen Neuwahlen zu Anfang 2025 kommt nun frische politische Bewegung in die Ereignisse. Neben Risiken liegt dabei auch eine Chance zur Erneuerung in der Luft. Denn wie wir wissen, wollen sich überall im Land zahlreiche Akteure auch aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien aktiv dafür einsetzen, neue Impulse für unsere Zukunft zu schaffen. Diese Bemühungen möchten wir mit Erkenntnissen dazu unterstützen, **wie die deutsche Bevölkerung derzeit in diese Zukunft schaut, was sie sich wünscht und wie wir ihre Wünsche in verbindende Perspektiven überführen können.** Dies ist unser positiver Anspruch.

Wie schon in den vergangenen Jahren **haben wir mittels umfassender Forschung genau hingehört**, und zwar entlang der folgenden Leitfragen: Wie geht es den Menschen derzeit mit unserer Gesellschaft und unserem Gemeinwesen? Wo sehen sie die größten Herausforderungen? Welche Ambitionen und Zielvorstellungen haben sie für das Land? Gemeinsam mit unseren bewährten Forschungspartnern von Verian (früher Kantar Public) haben wir vom 20. September bis 7. Oktober 2024 insgesamt 2.023 Personen im Rahmen einer quantitativen Online-Panel-Erhebung (unter Verwendung des leistungsstarken Payback-Panels) befragt.² **Dabei konnten wir erneut durch unsere Linse der sechs gesellschaftlichen Typen blicken** (s. Infokasten). Zusätzlich können wir aus qualitativen Befunden im Rahmen unserer laufenden Forschungs- und Projektarbeit schöpfen: Bereits im Februar und April 2024 haben wir (ebenfalls mit Verian) insgesamt 16 leitfadengestützte, digitale Fokusgruppen entlang der sechs Typen durchgeführt, in denen wir mit Menschen über ihre gesellschaftlichen Perspektiven gesprochen haben.³

-
- 1 Vgl. z. B. unsere Studie „Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt“ aus dem Jahr 2023.
 - 2 Die für unsere Befragung gezogene Online-Panel-Stichprobe wurde entlang soziodemografischer Merkmale so quotiert, dass sie die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren möglichst präzise abbildet. Um jegliche diesbezüglichen Abweichungen zu minimieren, wurde der Datensatz nach Befragungsende zudem soziodemografisch gewichtet.
 - 3 Die ersten in dieser Studie zitierten Fokusgruppen-Runden fanden vom 19. bis 22. Februar, die zweiten am 28. und 29. Februar, die dritten vom 23. bis 25. April 2024 statt.

Eine Vorwarnung: Die folgenden Seiten werden aufschlussreiche Erkenntnisse präsentieren, aber auch viele schwierige Befunde enthalten. **Sie werden zeigen, wie trüb der gesellschaftliche Ausblick derzeit ist und womit Menschen hadern, aber auch, dass es einen starken Wunsch nach kollektiver Handlungsfähigkeit gibt.** Diesen gilt es in Momenten der akuten Neuausrichtung wie den anstehenden Neuwahlen (und darüber hinaus!) aufzugreifen. Wir werden herausarbeiten, was Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien tun können, um das Vertrauen und die Zuversicht in unserer Gesellschaft zu stärken. Wir tun das auch in der Hoffnung, nicht immer wieder neue „Krisenstudien“ schreiben zu müssen. In diesem Sinne wünschen wir gute Lektüre.

Diagramm 1 **Dreiteilung der Gesellschaft**



In unserer 2019 veröffentlichten Studie „Die andere deutsche Teilung“ haben wir anhand eines sozialpsychologischen Forschungsansatzes die folgenden sechs gesellschaftlichen Typen innerhalb der Bevölkerung identifiziert, die aufgrund ihrer Werte und Grundüberzeugungen jeweils eine eigene charakteristische Sichtweise auf die Gesellschaft haben:

- **Die Offenen (16 Prozent):** Selbstentfaltung, Weltoffenheit, kritisches Denken
- **Die Involvierten (17 Prozent):** Bürgersinn, Miteinander, Verteidigung von Errungenschaften
- **Die Etablierten (17 Prozent):** Zufriedenheit, Verlässlichkeit, gesellschaftlicher Frieden
- **Die Pragmatischen (16 Prozent):** Erfolg, privates Fortkommen, Kontrolle vor Vertrauen
- **Die Enttäuschten (14 Prozent):** (verlorene) Gemeinschaft, (fehlende) Wertschätzung, Gerechtigkeit
- **Die Wütenden (19 Prozent):** nationale Ordnung, Systemschelte, Misstrauen

Aus der Dynamik dieser verschiedenen gesellschaftlichen Typen untereinander ergab sich darüber hinaus der Kernbefund einer derzeitigen Dreiteilung der Gesellschaft, die quer zu bis dato diskutierten Trennlinien in der Bevölkerung verläuft:

- Die **gesellschaftlichen Stabilisatoren**, bestehend aus den Etablierten und den Involvierten (insgesamt 34 Prozent). Sie zeichnen sich insbesondere durch große Zufriedenheit, starke gesellschaftliche Einbindung und stabile Vertrauensbezüge aus. Beide Typen verstehen sich in der Regel als gut eingebundene, konstruktive und zuversichtliche Bürgerinnen und Bürger.
- Die **gesellschaftlichen Pole**, bestehend aus den Offenen und den Wütenden (insgesamt 35 Prozent). Sie bilden die Extreme des gesellschaftlichen Diskurses und sind mit ihren Positionen öffentlich überdurchschnittlich präsent. Sie beide sind – aus jeweils konträren Perspektiven – im gesellschaftlichen Gespräch in der Regel durchaus selbstbewusst.
- Das **unsichtbare Drittel**, bestehend aus den Enttäuschten und den Pragmatischen (insgesamt 30 Prozent). Sie sind sowohl menschlich als auch politisch wesentlich schlechter eingebunden und legen ein hohes Maß an gesellschaftlicher Desorientierung an den Tag. Auf diese Weise fliegen sie „unter dem Radar“ der öffentlichen Aufmerksamkeit. Politisch sind sie häufig heimatlos, neigen zur Nichtwahl und Passivität. In ihren Reihen finden sich viele Jüngere und auch viele Menschen mit Migrationshintergrund.

Unser Forschungsansatz mitsamt der Grundlagenstudie von 2019 ist unter www.moreincommon.de einsehbar. Dort findet sich auch ein Quiz, um herauszufinden, welchem der gesellschaftlichen Typen man angehört.

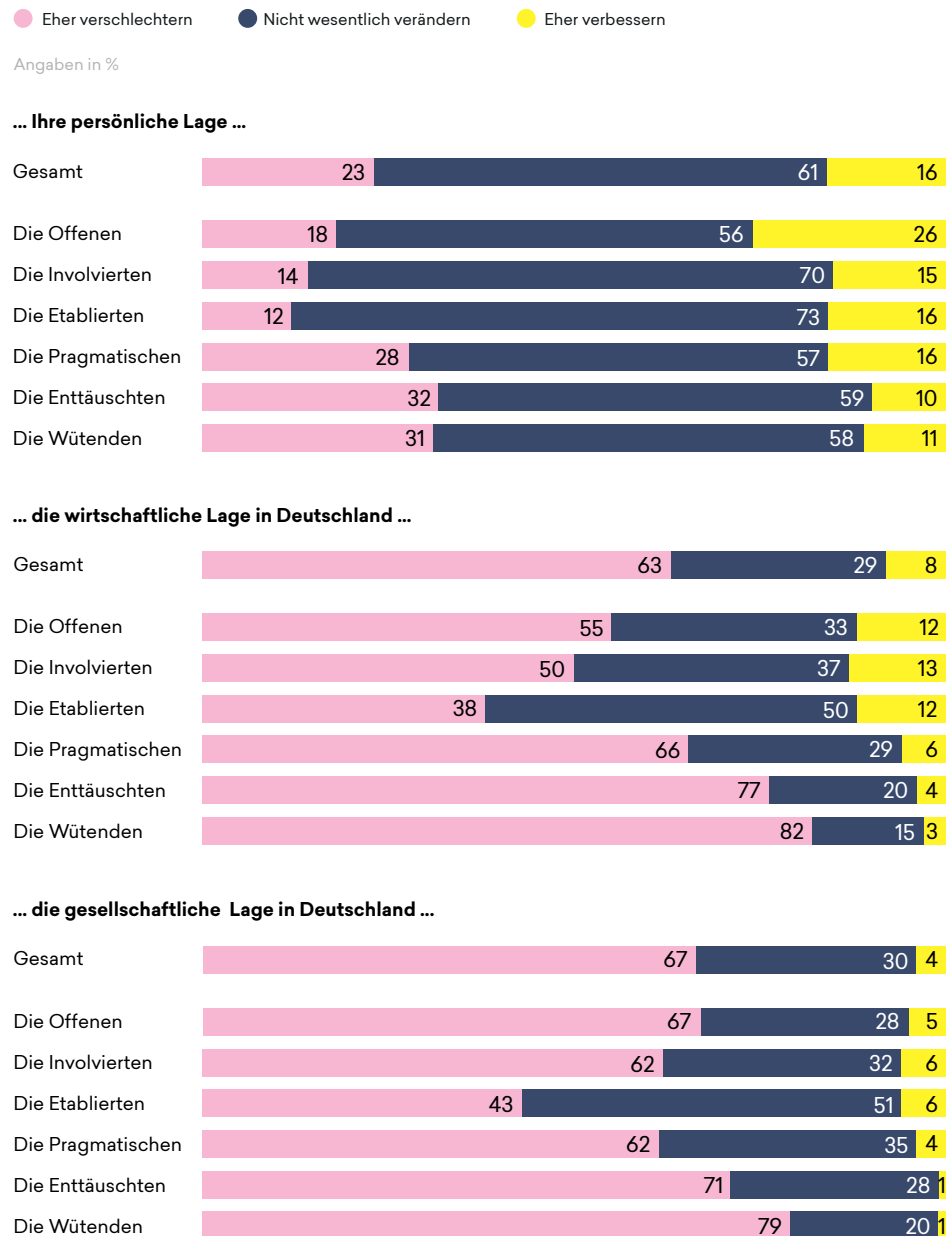
**Große Themen:
Was treibt uns derzeit im
Alltag und politisch um?**

2

Schon 2023 mussten wir feststellen, dass die diversen Krisenlagen der vergangenen Jahre – in materieller Hinsicht vor allem die Inflation – **das Alltagsempfinden vieler Menschen unter Druck gesetzt haben. Unsere neueste Erhebung zeigt, dass auch 2024 größere Aufwärtssignale ausbleiben.** Die eingetrübten Wirtschaftsaussichten, die sich so äußern, dass 63 Prozent der Menschen von einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den nächsten fünf Jahren ausgehen, tun dazu gewiss ihren Teil. Zwar gehen immerhin 61 Prozent (plus sieben Prozentpunkte zu 2023) davon aus, dass ihre persönliche Lage in den nächsten Jahren wenigstens gleich bleiben wird. Das aber muss anhand der bereits gemachten (und schon „eingepreisten“) Krisenerfahrungen kein positives Zeichen sein.

Diagramm 2

Schwieriger Ausblick auf die nächsten Jahre Wie wird sich in den nächsten fünf Jahren ... entwickeln?

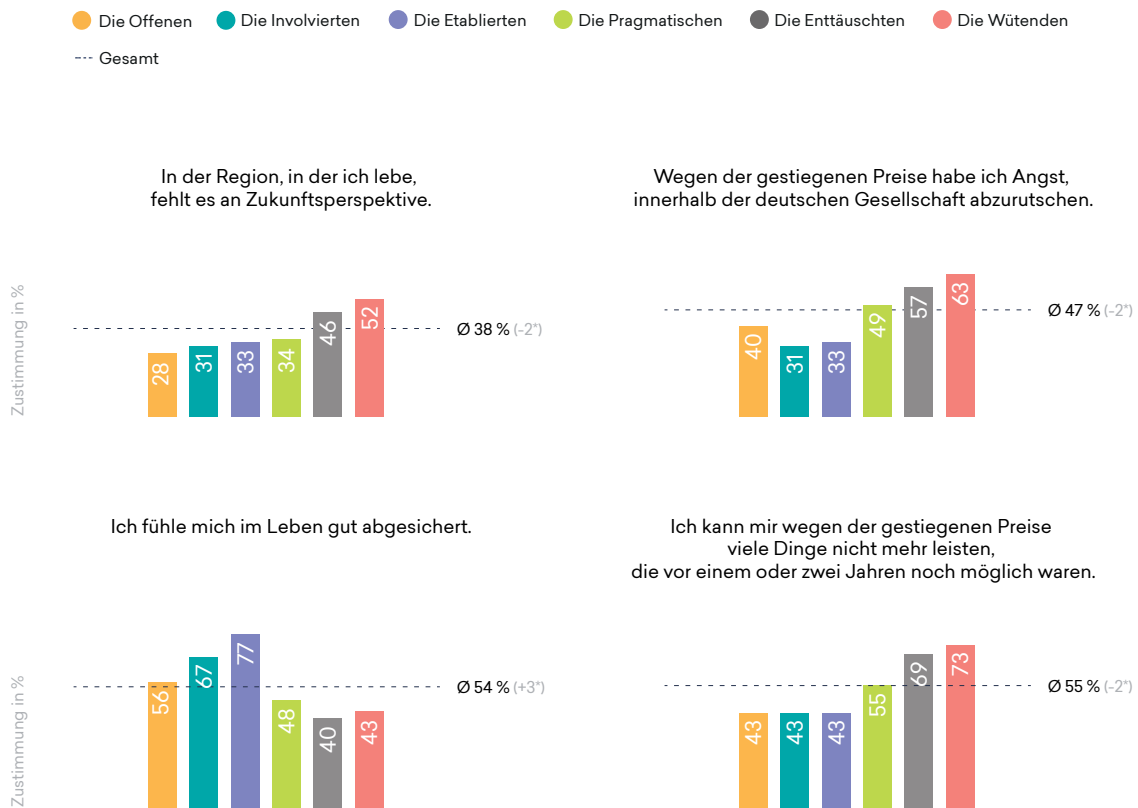


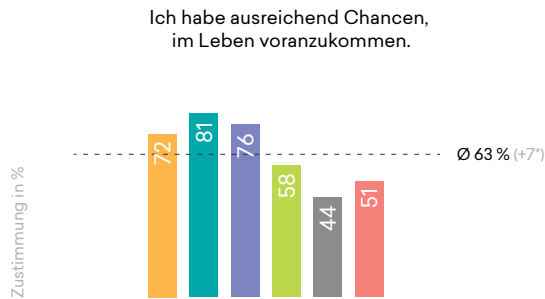
Wenn Sie jetzt einmal an die nächsten fünf Jahre denken:
Wie glauben Sie, werden sich die folgenden Aspekte entwickeln: Wird sich...?
Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Quelle: More in Common (2024)

Krisenerleben setzt sich fest

So haben auch 2024 aufgrund der gestiegenen Preise noch immer 47 Prozent der Menschen in Deutschland Angst davor, innerhalb der Gesellschaft abzurutschen – das sind lediglich zwei Prozentpunkte weniger als im letzten Jahr. Bei den Enttäuschten und Wütenden (57 bzw. 63 Prozent) sind es noch erkennbar mehr. Mit 54 Prozent fühlen sich derzeit nur etwas mehr Menschen (plus drei Prozentpunkte) im Leben gut abgesichert als im akuten Inflationsjahr 2023. **Besser gestellten Bevölkerungsteilen und Akteuren sollte klar sein, dass die Teuerung insbesondere in den einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen gnadenlos zugeschlagen hat:** Unter jenen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro melden ganze 74 Prozent, dass sie sich viele zuvor bezahlbare Dinge nicht mehr leisten können. Bei jenen mit mehr als 3.500 Euro tun das lediglich 37 Prozent – ein massives Gefälle. Für viele Menschen sind Krisenerfahrungen also mehr als real. Der Vollständigkeit halber wollen wir jedoch darauf hinweisen, dass mit 63 Prozent wieder mehr Menschen das Gefühl haben, im Leben ausreichend Chancen zu haben, um voranzukommen (2023: 56 Prozent).

Diagramm 3 **Lebensrealität nach mehreren Krisenjahren**





* Veränderung der Zustimmung seit 2023 in Prozentpunkten
 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
 (Hinweis: Statements zu Preisentwicklung im Vergleich zu 2023 leicht sprachlich verändert,
 um Zeitverlauf Rechnung zu tragen.)
 Quelle: More in Common (2024)

Wenig Hoffnung in politische Krisenbewältigung

Ein großes Problem bleibt, dass viele Menschen den „großen“ gesellschaftlichen Akteuren nicht zutrauen, uns gut aus der Krisenlage herauszuführen. Bei allen bisherigen Bemühungen der Politik hat sich dieser Befund nicht verbessert, sondern eher verfestigt. Dies sollten politische Akteure im Vorfeld der Wahlen auf dem Schirm haben. So finden derzeit nur 31 Prozent, dass Politik und Wirtschaft aufgrund der Preiskrise fällige Weichenstellungen angegangen sind. Kein einziger gesellschaftlicher Typ ist hier mehrheitlich zuversichtlich. Zum Vergleich: Zu Beginn der Inflation im Jahr 2022 hatten noch ganze 56 Prozent die Hoffnung, dass die richtigen Weichen gestellt werden würden.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich 71 Prozent der Befragten in Krisenzeiten von der Politik alleingelassen fühlen – was die bereits schlechten Zahlen aus dem Vorjahr übertrifft. **Selbst politisch besser eingebundene Typen wie die Involvierten (58 Prozent) oder die Etablierten (63 Prozent) teilen dieses Gefühl mehrheitlich.** Der Befund gibt zu denken und zeigt: Auch das, was womöglich politisch tatsächlich geschieht, kommt bei vielen Menschen nicht schlüssig an. Unsere Fokusgruppengespräche der letzten Jahre belegen den Eindruck einer als nicht allzu hilfreich wahrgenommenen Politik.

Im Resultat herrscht ein weit verbreiteter Zukunftspessimismus. Knapp drei Viertel (74 Prozent) geben wie schon 2023 (73 Prozent) an, dass es ihnen angesichts der vielen Krisen schwerfällt, an eine bessere Zukunft zu glauben – und zwar erneut mit klaren Mehrheiten in allen Segmenten. Diese relative Einhelligkeit ist bemerkenswert.

Diagramm 4

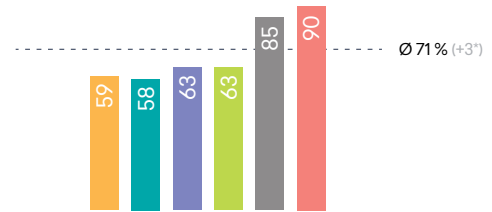
Kritischer Blick auf Krisenmanagement

● Die Offenen ● Die Involvierten ● Die Etablierten ● Die Pragmatischen ● Die Enttäuschten ● Die Wütenden
 --- Gesamt

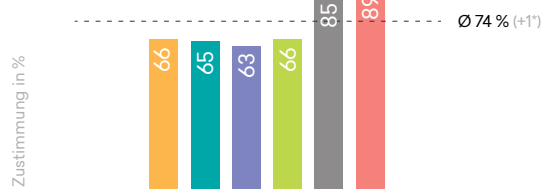
Die bisherige Preiskrise hat dazu geführt, dass Politik und Wirtschaft fällige Weichenstellungen für die Zukunft angehen.



Ich fühle mich von der Politik in diesen Krisenzeiten alleingelassen.



Mir fällt es angesichts der vielen Krisen derzeit schwer, an eine bessere Zukunft zu glauben.

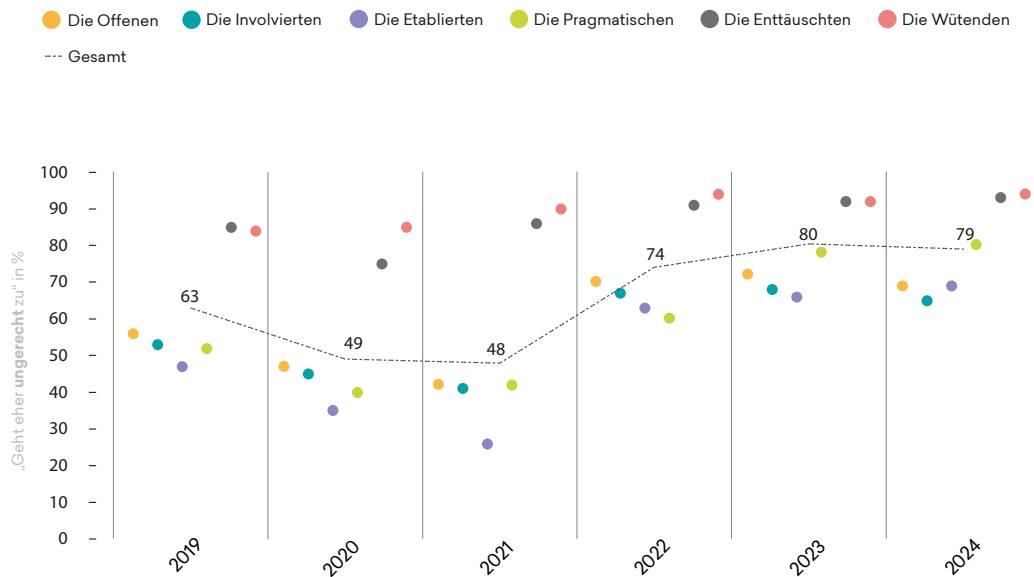


* Veränderung der Zustimmung seit 2023 in Prozentpunkten
 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
 (Hinweis: Obere Statements im Vergleich zu 2023 leicht sprachlich verändert, um Zeitverlauf Rechnung zu tragen.)
 Quelle: More in Common (2024)

Weiterhin erschüttertes Gerechtigkeitsempfinden

Bereits 2023 war angesichts der damaligen Krisenlage etwas Auffälliges passiert. Erstmals in unserer Forschung waren sich alle sechs gesellschaftlichen Typen einig, dass es in unserem Land „eher ungerecht“ zugeht. Daran hat sich seither so gut wie nichts verändert. **Mit 79 statt vorher 80 Prozent liegt das Ungerechtigkeitsempfinden de facto so hoch wie im letzten Jahr.** Alle Typen – angeführt von den Wütenden und den Enttäuschten mit 94 bzw. 93 Prozent – teilen mehrheitlich diesen Befund. Hier scheint etwas aus dem Lot geraten zu sein. In unseren qualitativen Forschungsgesprächen werfen uns Menschen über Segmente hinweg wiederkehrende Stichworte zu: fehlende Leistungs- und Beitragsgerechtigkeit sowie Wertschätzung für viele Millionen „kleiner“ Erwerbstätiger, gerade auch in Verbindung mit späterer Altersarmut; exzessive Ungleichheit und Sonderregeln für die Finanzstärksten; mangelhafte öffentliche Infrastrukturen und Lücken in der Daseinsvorsorge; zu wenige Bildungs- und Aufstiegschancen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Positiv gewendet: Es besteht grundsätzliche Einigkeit darin, dass es in unserem Land gerechter zugehen muss.

Diagramm 5 **Weiterhin starkes Ungerechtigkeitsempfinden**



Und was denken Sie: Geht es Ihrer Meinung nach derzeit eher gerecht oder eher ungerecht in Deutschland zu?
Quelle: More in Common (2024)

Fokussierung auf Absicherung bei wichtigsten Themen

Fragt man Menschen derzeit nach den für sie wichtigsten politischen Themen, spiegeln sich drei Dinge in den Ergebnissen: die oben beschriebene (auch sozioökonomische) Krisenverunsicherung, ein starker Fokus auf Einwanderungs- und einer auf Sicherheitsaspekten. **Insgesamt ergibt sich das Bild einer Gesellschaft, die sich auf Absicherung fokussiert, solange es an Impulsen zur Zuversicht fehlt.**

Diagramm 6 Politische Prioritäten: Starke Sicherungsmotive

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden	Vgl. Rang Anfang 2024 (Auswahl)
Einwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen verringern	43	28	23	44	41	51	67	—
Kriminalität und Gewalt bekämpfen	30	21	23	29	31	36	40	↗
Alterssicherung verbessern	25	18	18	25	27	32	32	↗
Wirtschaft stärken	25	28	27	26	28	16	22	↗
Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten	24	20	26	19	26	31	24	↘
Inflation bei Energie- und Lebenshaltungskosten begrenzen	23	19	17	19	27	27	28	↘
Klimawandel und Umwelt	22	35	36	21	18	10	8	↘
Bildungssystem verbessern	19	26	27	19	13	13	14	
Gesundheitssystem verbessern	19	20	20	22	19	19	16	
Soziale Ungleichheit verringern	17	21	22	15	12	18	12	
Rassismus und Diskriminierung bekämpfen	16	24	26	13	14	10	7	
Familien mit Kindern unterstützen	10	10	4	11	14	14	11	
Krieg in der Ukraine	10	12	11	14	9	9	8	
Europäische Einigung stärken	6	6	11	11	6	4	2	
Arbeitslosigkeit bekämpfen	5	4	4	8	6	4	6	
Nahostkonflikt, insbesondere zwischen Israel und Palästinensern	3	3	1	2	5	2	2	
Auf Gleichstellung der Geschlechter hinarbeiten	2	3	4	2	2	2	0	
Covid-19	0	1	0	0	1	0	1	

Angaben in %

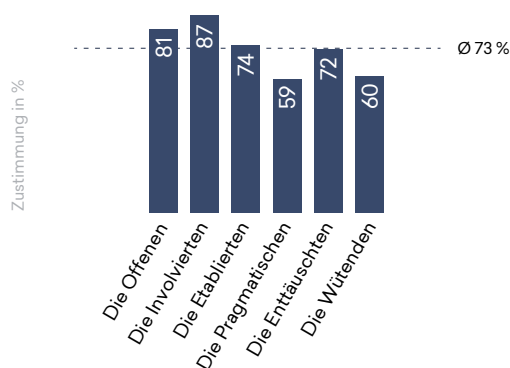
Welche sind Ihrer Meinung nach die WICHTIGSTEN Themen, denen Deutschland gegenübersteht? Wählen Sie die drei wichtigsten aus.
Quelle: More in Common (2024)

Noch deutlicher als bei unserer letzten Messung Anfang 2024 nimmt das **Thema Einwanderung mit 43 Prozent (plus elf Prozentpunkte) den ersten Platz** unter den wichtigsten Themen ein. Unangefochten vorne liegt es bei den Wütenden (67 Prozent), den Enttäuschten (51 Prozent), den Etablierten (44 Prozent) und den Pragmatischen (41 Prozent). Bei den eher progressiven Offenen (28 Prozent) und Involvierten (23 Prozent) gehört es zwar auch zur oberen Themenhälfte, konkurriert aber in Sachen Aufmerksamkeit u. a. mit der Rassismus- und Diskriminierungsbekämpfung (24 bzw. 26 Prozent). Letztere ist auch im Gesamtdurchschnitt der Befragten wichtiger geworden (von 10 Prozent im letzten Jahr auf zwischenzeitlich 18 und nun 16 Prozent), was unter anderem auf die Anti-„Remigrations“-Mobilisierung vom Jahresanfang zurückzuführen sein dürfte.

Insgesamt befürworten 2024 knapp drei Viertel (73 Prozent, 2019: 80 Prozent) der Befragten die Möglichkeit für Menschen, vor Krieg und Verfolgung in andere Länder zu fliehen. Das ergibt Mehrheiten in allen (!) gesellschaftlichen Typen – mit 60 Prozent sogar bei den Wütenden. Zugleich bestehen Vorbehalte im derzeitigen deutschen Kontext; etwa wenn „im Hinblick auf islamistische Attentate wie in Solingen“ 68 Prozent dazu neigen, „sicherheitshalber unsere Flüchtlingsaufnahme insgesamt“ zu verringern – und zwar mit Mehrheiten in allen Segmenten außer den Involvierten (47 Prozent). Wir erleben in unseren Forschungsgesprächen schon länger, dass Menschen in Migrationsfragen häufig unterschiedliche Dinge gleichzeitig denken, zwischen Aspekten hin- und hergerissen sind und dass dabei diverse gesellschaftliche Fragen hineinspielen können. Deshalb sollte das Thema gestaltend angegangen werden, wenn eben seine Nuancen gewahrt werden sollen und es nicht stärker zum Spielball illiberaler Akteure werden soll. In unserer Forschung Anfang des Jahres hatten wir gezeigt, dass Menschen vor allem die Kontrolle darüber gestärkt sehen wollen, wer einwandert und wer nicht – und dass dieser **Kontrollwunsch im Zweifel wichtiger ist als die pauschale Beschränkung**.⁴

Diagramm 7.1 Umgang mit Migration und Flucht I

Es sollte den Menschen möglich sein, in anderen Ländern Zuflucht zu suchen, um vor Krieg oder Verfolgung zu fliehen.



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Quelle: More in Common (2024)

4 Vgl. unser Datendeck „Die Stimmung vor der Europawahl“ aus dem Jahr 2024.

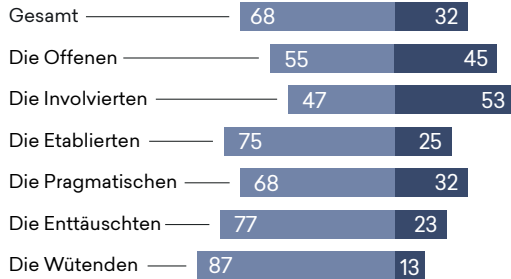
Diagramm 7.2

Umgang mit Migration und Flucht II

Im Hinblick auf islamistische Attentate wie in Solingen sollten wir ...

... sicherheitshalber unsere Flüchtlingsaufnahme insgesamt verringern. | ... nicht von einzelnen Gewalttätern auf unseren Umgang mit Flüchtlingen insgesamt schließen.

Zustimmung in %



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?
Quelle: More in Common (2024)

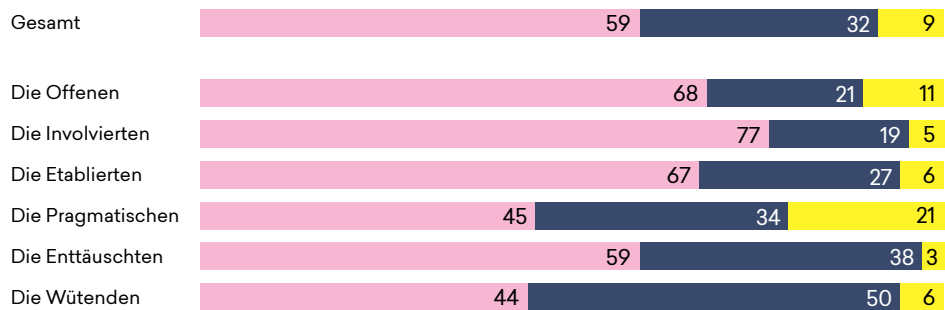
Diagramm 7.3

Umgang mit Migration und Flucht III

Im Hinblick auf Einwanderungspolitik ist derzeit am wichtigsten, dass wir ...

- ... **Kontrolle** darüber haben, wer nach Deutschland einwandert und wer nicht.
- ... die Anzahl der Menschen, die nach Deutschland einwandern, **reduzieren**.
- ... die Anzahl der Menschen, die nach Deutschland einwandern, **erhöhen**.

Angaben in %



Was ist Ihnen im Hinblick auf Einwanderungspolitik derzeit am wichtigsten?
Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Quelle: Diese Werte entstammen einer früheren Befragung von Anfang 2024, vgl. More in Common (2024): Die Stimmung vor der Europawahl.

Auf dem zweiten Platz der politischen Prioritätenliste liegt die **Bekämpfung von Kriminalität** und Gewalt (30 Prozent, plus 9 Prozentpunkte zu Anfang 2024). Wenngleich sie zuvor niedriger in der Rangliste stand, waren schon in unseren Fokusgruppen der vergangenen Jahre Sicherheitsfragen immer wieder präsent.

Dahinter folgt ein ganzer Strauß an sozioökonomischen Themen: das Dauerthema Alterssicherung und die wachsende Sorge um die Wirtschaft mit jeweils 25 Prozent (plus drei bzw. vier Punkte), das Thema Wohnraum (24 Prozent, minus drei Punkte) sowie die noch sehr präzente Inflationssorge (23 Prozent, minus drei Punkte). Diese Reihung ist markant und passt zur Tonalität vieler unserer Fokusgruppen: Die Menschen berichten häufig von dem Gefühl, dass die Prekarität im Land steigt.

Die Kehrseite der starken Sicherungsbewegung hin zu „Law and order“ und „Brot und Butter“ auf der politischen Prioritätenliste ist, dass **der Klima- und Umweltschutz in der More in Common-Forschung die vorderen fünf Ränge räumen muss** und derzeit mit 22 Prozent (minus zwei Punkte zu Anfang 2024) auf Platz sieben rangiert. Nach Jahren schwierigen Krisenerlebens mit vielen weiteren Sorgen, sehr umstrittener Klimaschutzmaßnahmen („Heizungsgesetz“) und der hitzigen Debatte um aktivistische Protestformate halten vor allem die progressiven Typen der Offenen (35 Prozent) und Involvierten (36 Prozent) das Thema hoch. Bei den anderen Typen rangiert es zwischen acht und 21 Prozent. Wir haben schon an anderer Stelle beschrieben: **Es ist entscheidend, Klimafragen schlüssig und positiv mit anderen Fragen der gesellschaftlichen Gestaltung – zum Beispiel mit Gerechtigkeitsaspekten – zu verbinden.**⁵ Andernfalls leidet die grundsätzlich mögliche, breite gesellschaftliche Klimaschutz-Koalition, von der wir früher schon berichten konnten.⁶

Ein weiterer Verlierer unter den wichtigsten Themen ist der Ukraine-Krieg: Er büßt im Vergleich zu Anfang 2024 weitere vier Prozentpunkte ein und rangiert auf Rang 13. Zugleich nimmt die Unterstützung für Waffenlieferungen im Vergleich zu 2023 ab (minus fünf Prozentpunkte). Damit stehen nun etwas mehr Gegnerinnen und Gegner (46 Prozent) den Befürworterinnen und Befürwortern (43 Prozent) gegenüber, wobei vor allem die Wütenden und das unsichtbare Drittel die skeptische Seite vertreten. Mit 59 Prozent fällt die Ablehnung zudem im Osten deutlich härter aus als im Westen (43 Prozent).

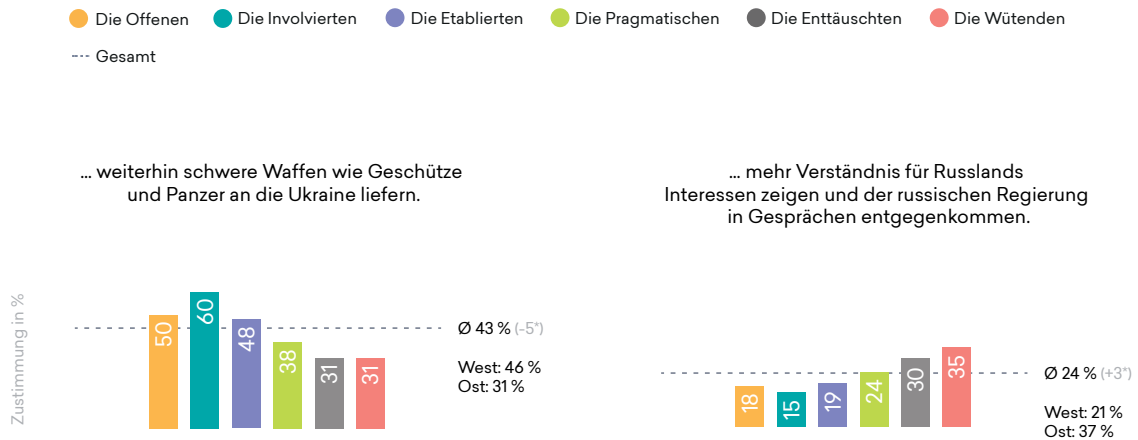
Insgesamt schließen wir aus dem Blick auf die Prioritätenliste: Werden die derzeitigen nationalstaatlichen Sicherheitsthemen, auf die sich Menschen fokussieren, nicht gestalterisch angegangen, verengen sich die Räume für andere, internationale Fragen, die für unser Land langfristig mindestens genauso wichtig sind.

5 Vgl. unser Impulspapier „Einmal gestalten bitte: Prinzipien für eine verbindende Energiewende“ aus dem Jahr 2024.

6 Vgl. unsere Studie „Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland“ aus dem Jahr 2021.

Diagramm 8

Abgeschwächte Unterstützung für Ukraine-Hilfe Deutschland sollte angesichts der Ereignisse in der Ukraine ...



* Veränderung der Zustimmung seit 2023 in Prozentpunkten
 Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach angesichts der Ereignisse in der Ukraine ...?
 Quelle: More in Common (2024)

Krisenmüde Rückkehr zur „Normalität“ vs. Ruf nach Wandel?

Eine gerne diskutierte Frage lautet, inwiefern Menschen angesichts all der Krisen-gefühle noch mentalen Platz für gesellschaftlichen Wandel haben – oder sich in eine Art „Biedermeier“ zurückziehen. **Schon in früheren Studien haben wir davor gewarnt, dieses Thema zu schwarz-weiß zu betrachten, ganz so, als gäbe es nur Veränderungswillige oder „Blockierer“.**⁷

Ja, wenn man Menschen binär nach ihrer Präferenz fragt, dann teilt sich das Land nominell fünfzig-fünfzig ein in jene, denen vor allem nach einer Rückkehr in die Realität der Vorkrisenjahre gelegen ist, und jene, die die derzeitigen Krisen als Chance zur Veränderung nutzen wollen. Wobei die progressiven Offenen und Involvierten mit jeweils 63 Prozent die Vorhut der Wandelaffinen bilden, während die Wütenden (37 Prozent) und die tief verunsicherten Enttäuschten (39 Prozent) Veränderung am seltensten einfordern.

Wir wissen aber aus unseren Forschungsgesprächen, dass viele Menschen primär in Kategorien der „Verbesserung“ hin zu zeitlosen Eigenschaften eines guten Landes denken, und Veränderung oder gar Transformation nicht als Selbstzweck sehen. Ihnen geht es vor allem darum, zu wissen, wohin das Land steuern und was es am Ende gewährleisten soll. **Es wäre also für politische und gesellschaftliche Akteure unserer Analyse nach fahrlässig, den Wunsch vieler Menschen nach „Normalität“ mit der Ablehnung politisch-gesellschaftlichen Handelns zu verwechseln.** Das Gegenteil ist richtig.

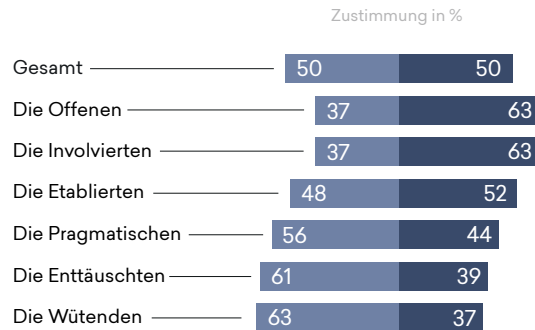
7 Vgl. unsere Studie „Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt“ aus dem Jahr 2023.

Diagramm 9

Normalität vs. Wandel?

Ich möchte eigentlich nur, dass die Dinge in Deutschland im Großen und Ganzen wieder so werden, wie sie vor den ganzen Krisen seit 2020 waren.

Wir sollten die Chance, die die derzeitigen Krisen bieten, ergreifen, um wichtige Veränderungen in Deutschland vorzunehmen.



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?
Quelle: More in Common (2024)

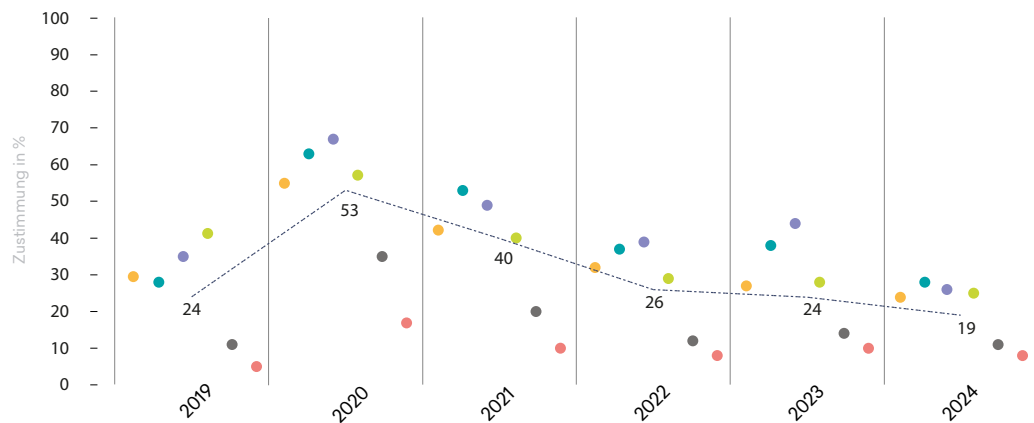
Wir haben auch ein klares Indiz dafür. Seit mehreren Jahren fragen wir Menschen, ob die Politik die wichtigen Probleme in Deutschland angeht. Nachdem die Antworten bereits früher äußerst skeptisch ausfielen (2023 stimmten dem nur 24 Prozent zu), ist dieser Wert mittlerweile auf 19 Prozent und damit ein Allzeittief in der More in Common-Forschung gefallen. In keinem Gesellschaftssegment glauben auch nur drei von zehn Menschen, dass die Politik die wichtigen Probleme bewältigt – das schließt die eigentlich so zugewandten Involvierten (28 Prozent) und Etablierten (26 Prozent) ein. Hierin steckt das klare Signal, dass Menschen mehr für unsere Zukunftssicherung erwarten.

Diagramm 10

Breite Mehrheiten glauben nicht an politische Problemlösung

Zustimmung zur Aussage „Die Politik geht die wichtigen Probleme in Deutschland entschieden an.“

● Die Offenen ● Die Involvierten ● Die Etablierten ● Die Pragmatischen ● Die Enttäuschten ● Die Wütenden
--- Gesamt



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?
Gegenstatement: „Die Politik kümmert sich nicht um die wichtigen Probleme in Deutschland.“
Quelle: More in Common (2024)

GROSSE THEMEN DER MENSCHEN IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Es gibt keine Neuansiedlung von Firmen mehr, die Arbeitsplätze gehen immer mehr zurück. Die De-Industrialisierung schreitet voran. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und Stromnetze lässt auf sich warten. Über die Bahn braucht man nicht zu reden, Verkehrsprojekte kommen ins Stocken.“

– Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Alles teurer geworden, man muss das Geld zusammenhalten, ich wohne ja auch in Berlin und es ist schon Wahnsinn, wie teuer die Lebensmittel sind oder Restaurant geworden ist oder auch Kino und man verdient nicht mehr und die Mieten sind immens, an Umziehen ist gar nicht zu denken.“

– Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Ich finde es halt schwierig, es gab früher so viele Dinge, auf die man in Deutschland stolz sein konnte, von der Wirtschaft her, wir haben tolle Leute im Land gehabt, die tolle Erfindungen gemacht haben, wir waren in der Automobilindustrie führend und viel bricht jetzt weg und kluge Leute, die das Land verlassen, politisch, was aktuell läuft, da muss man auch keine Worte drüber verlieren.“

– Aus der Fokusgruppe der der Enttäuschten

„Ist wirklich negativ. Also ich rede von mir selber, meinen Bekannten, meine Familie, die sind wirklich wütend, sauer, traurig, wohin geht die Reise überhaupt mit so einer Regierung, wir hören sie nur streiten.“

– Aus der Fokusgruppe der Wütenden

Gesellschaftliche Temperatur: Wie blicken wir derzeit aufeinander?



Eine Gesellschaft dreht sich nicht nur um Sachfragen und politische Prioritäten. Ihre Dynamik hängt genauso davon ab, was wir voneinander halten – wie wir uns austauschen und gegenüberreten. Das gilt in Vorwahlzeiten, in denen gesellschaftlich noch mehr und schärfer „gesendet“ wird als sonst, ganz besonders. Die zweite große Frage dieses Reports ist also: Wie steht es derzeit um die „Temperatur“ unserer innergesellschaftlichen Beziehungen?

Innengesellschaftliche Bezüge konstant oder leicht aufgeheitert

An dieser Stelle ist es schön, mit einer guten Nachricht einzusteigen: **Im Vergleich zum letzten Jahr sehen wir eine verhaltene „Aufheiterung“ bei vielen innergesellschaftlichen Bindungen und Vertrauensverhältnissen** – in angespannten Zeiten ist das durchaus bemerkenswert, auch wenn das Ausgangsniveau niedrig ist.

Die vorsichtige Positivbewegung zeigt sich bereits auf der Ebene der persönlichen lebensweltlichen Bezüge: Mit 27 Prozent fühlen sich etwas weniger Menschen einsam als im letzten Jahr (minus fünf Prozentpunkte) und mehr von ihnen empfinden sich im Leben angemessen respektiert und wertgeschätzt (68 statt 60 Prozent). Damit sind wir immerhin wieder halbwegs an unserem Ausgangswert von 2019 (72 Prozent).⁸

Es bleibt anzumerken, dass Gefühle des Respektiert- und Gesehenwerdens vor allem bei Typen wie den Involvierten (86 Prozent) und den Etablierten (85 Prozent) quasi eine Selbstverständlichkeit sind. Bei den Enttäuschten (54 Prozent) oder den Pragmatischen (57 Prozent) sind sie charakteristischerweise viel seltener. Gerade die Enttäuschten haben uns im Laufe der Jahre immer wieder von mangelnder Anerkennung ihrer Arbeit berichtet. **Es gibt ein (mindestens subjektives) Wertschätzungsgefälle in unserer Gesellschaft, das bearbeitet werden sollte.**

Auch die Verwurzelungsgefühle von Menschen schwanken stark zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Insgesamt geben 82 Prozent an, genau zu wissen, wo sie zuhause sind und hingehören (2019: 86 Prozent). Aber es muss hellhörig machen, wenn nur 68 Prozent der Menschen mit Einwanderungsgeschichte jene Sicherheit genießen. Hier hat die moderne deutsche Gesellschaft noch einiges zu tun.

Zu den etwas verbesserten Zahlen bei den persönlichen Bezügen passt, dass sich die zuletzt starken „Vereinzelungsdiagnosen“ zwischen den Menschen ein kleines bisschen entspannt bzw. nicht weiter verschärft haben. Auf die Frage, ob sich Menschen in Deutschland eher um sich selbst oder eher umeinander kümmern, antworten nun 75 Prozent (minus vier Punkte) in Richtung Eigenfokus. Wir werden diese Bewegung verfolgen.

⁸ Vgl. unsere Grundlagenstudie „Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“ aus dem Jahr 2019.

Diagramm 11

Einbindungsgefühle teils gebessert

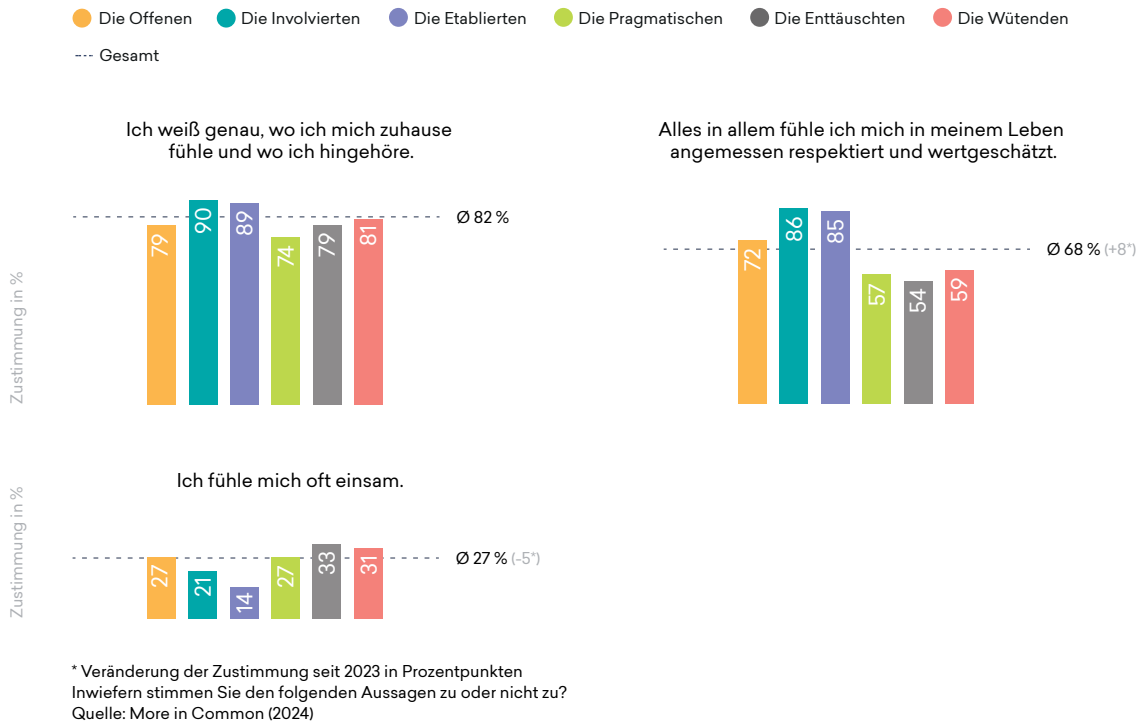
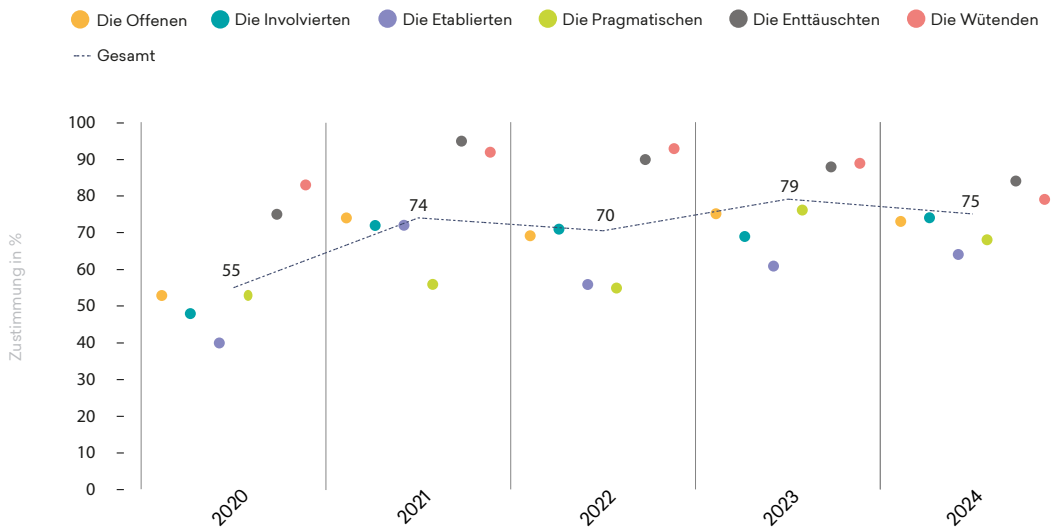


Diagramm 12

Leichter Rückgang der Vereinzelungsdiagnosen

Zustimmung zur Aussage „Jeder kümmert sich um sich selbst.“



Wenn Sie an das Leben in Deutschland heutzutage denken, welcher Aussage stimmen Sie eher zu?
 Gegenstatement: „Wir kümmern uns umeinander.“
 Quelle: More in Common (2024)

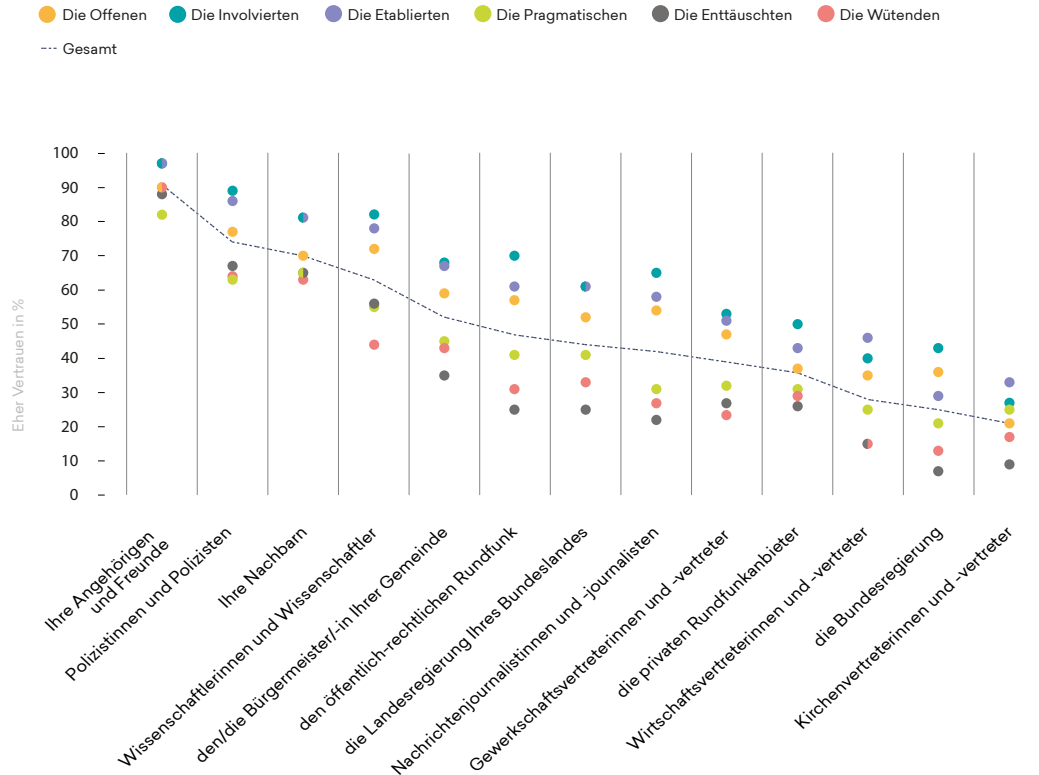
Die relativen Positivnachrichten setzen sich beim innergesellschaftlichen Vertrauen zu bestimmten Gruppen oder Institutionen fort. So vertrauen unsere Befragten diversen Akteuren etwas mehr als zuletzt, wie zum Beispiel Kirchenvertreterinnen und -vertretern (plus sieben Prozentpunkte) oder auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (plus neun Prozentpunkte) – oder die Werte bleiben zumindest konstant. Die große Ausnahme in diesem Reigen ist das Vertrauen in die (bisherige) Bundesregierung, das mit nur 25 Prozent noch niedriger liegt als 2023 (29 Prozent). Kein (!) gesellschaftlicher Typ spendet ihr mehrheitlich Vertrauen.

Insgesamt gilt jedoch genauso wie im letzten Jahr: Wirklich breit vertrauen die Menschen in erster Linie dem unmittelbaren Umfeld aus Angehörigen und Freunden (91 Prozent) und Nachbarn (70 Prozent) sowie alltagsnahen Kräften wie der Polizei (74 Prozent) – mit etwas Abstand gefolgt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (63 Prozent). Sobald wir uns dem stärker politisch-medialen Bereich nähern, fällt das Vertrauen in den Minderheitenbereich – mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern als einziger Ausnahme aufgrund ihrer relativen Nahbarkeit (52 Prozent). **Es ist wichtig, zu verstehen, dass Vertrauensbrücken zuerst über Multiplikatorinnen und Vertreter des Alltagserlebens geschlagen werden können, während die gefühlte Distanz vieler Menschen zu „großen“ Akteuren oft groß bleibt.**

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Schwere dieses Befunds innerhalb der Gesellschaft schwankt: Wo zum Beispiel die gesellschaftlichen Stabilisatoren dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder dem Nachrichtenjournalismus breiter vertrauen, ist bei den systemskeptischen Wütenden und dem desorientierten unsichtbaren Drittel das Vertrauen deutlich verhaltener oder geht ins Misstrauen über. **Vertrauen bleibt eine wertvolle, weil rare Ressource unserer Gesellschaft – es gilt, sie zu erneuern.**

Diagramm 13

Vertrauensbezüge vor allem im Nahbereich stark



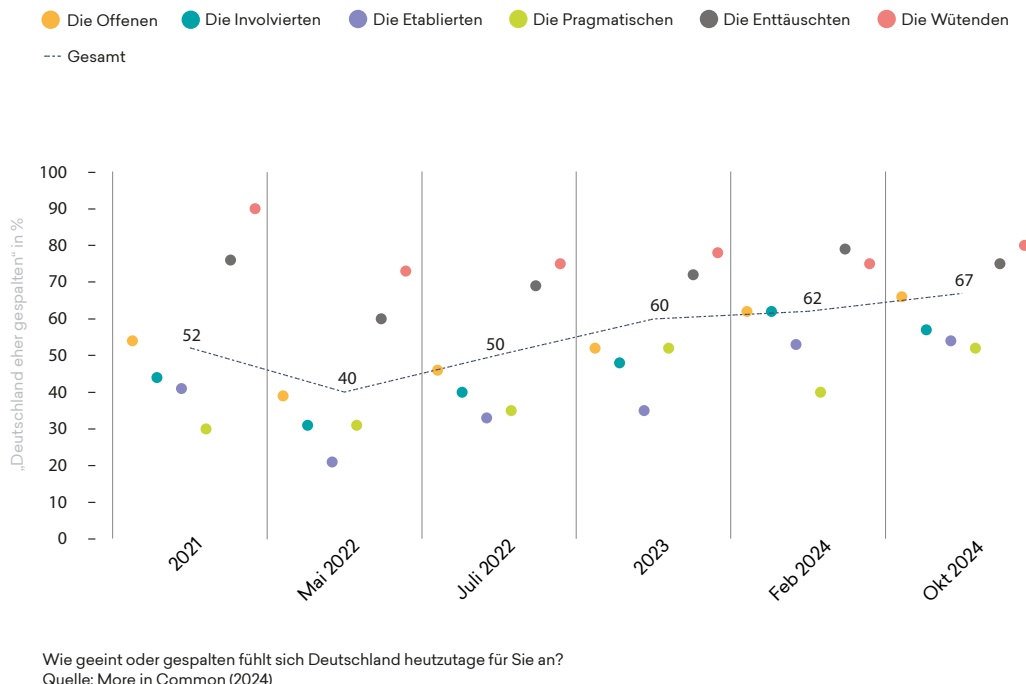
Wieviel Vertrauen haben Sie in ...?
Quelle: More in Common (2024)

Zunehmendes Spaltungsempfinden

Obwohl sich die sozialen Vertrauensbezüge leicht erholen, **sticht ins Auge, wie sehr die Menschen unsere Gesellschaft derzeit in der „Zentrifuge“ sehen.** Der dominante Begriff dabei ist jener der Spaltung, des Zerfallens in „wir und die“, über das sich Menschen wiederkehrend in unseren Fokusgruppen beklagen. Diese Dynamik hat sich seit 2023 verschärft. Mittlerweile meinen 67 Prozent, unsere Gesellschaft sei eher gespalten denn geeint: Das sind sieben Punkte mehr. Andersherum gehen lediglich 8 Prozent von einer eher geeinten Gesellschaft aus. An dieser Stelle sei gesagt, dass es hierbei um Spaltungsempfinden geht und wir keine Aussagen über tatsächliche Polarisierung treffen. **Doch auch ein Empfinden kann sich verselbstständigen, wenn die Menschen einander im vorseilenden Abwehrmodus mit negativen Erwartungen gegenüber treten** und die Offenheit für Nuancen sinkt. In diesem Sinne ist es wohl kein Zufall, dass derzeit 67 Prozent von einer Verschlechterung der gesellschaftlichen Lage in den nächsten fünf Jahren ausgehen (s. Diagramm eins).

Diagramm 14

Weiterer Anstieg des Spaltungsempfindens



Parallel verschiebt sich die Wahrnehmung, entlang welcher Trennlinien Spaltung stattfindet. **Hatte im Inflationsjahr 2023 der Schwerpunkt klar auf der Arm-Reich-Schere gelegen, ist die empfundene Spaltung nun stärker politisiert.** Danach befragt, welche Dimensionen derzeit am wirkmächtigsten sind, nennen Menschen mit 45 Prozent zwar weiter am häufigsten die soziale Frage (minus 19 Prozentpunkte zu 2023). Mit 43 Prozent liegt aber die Links-Rechts-Dimension knapp dahinter. Sie schießt im Vergleich zum Vorjahr mit 16 Extrapunkten förmlich nach oben. Auch die von uns neu eingeführte Trennung in „Gegner und Befürworter der Demokratie“ reiht sich mit 27 Prozent direkt in die Top Vier ein – und wird vor allem von den politisch gut eingebundenen Typen der Involvierten (37 Prozent), Etablierten (36 Prozent) und Offenen (30 Prozent) stark gemacht. Hier zeigt sich eine bittere Ironie, denn allen sechs Typen ist es zu mindestens 90 Prozent wichtig, in einem demokratischen Land zu leben. „Gegner der Demokratie“ gibt es im Selbstempfinden nahezu keine (s. Kapitel vier). In Verbindung mit der kulturell aufgeladenen Migrationsfrage (43 Prozent) ergibt das ein gehöriges empfundenes (!) weltanschauliches Spannungspotenzial. Damit gilt es im Wahljahr verantwortungsvoll und gesprächsorientiert umzugehen.

Im Jahr der heiß diskutierten Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg hat zudem die Bedeutung der Ost-West-Linie zugelegt (plus sechs Prozentpunkte). Dabei ist die Aufmerksamkeit für innerdeutsche Unterschiede in beiden Landeshälften gewachsen, die Trennlinie wird aber weiterhin von den Ostdeutschen mit 43 Prozent deutlich dominanter wahrgenommen als von den Westdeutschen (22 Prozent). Wobei wir wohl von wechselseitigen Effekten (z. B. des kritischen Beobachtens von Westen aus und sich kritisch beobachtet Fühlens im Osten) ausgehen müssen.

Bei all dem gerät das 2023 stark aufgeladene Thema Klimaschutz wieder etwas in den Hintergrund und fällt um 16 Prozentpunkte in der „Spaltungshierarchie“. **Insgesamt folgten die als dominant empfundenen Trennlinien in den letzten Jahren häufig der Themenkonjunktur**, z. B. mit der Präsenz der Impffrage während der Pandemie.⁹ Dies zeigt, wie abhängig unser subjektives Spaltungsempfinden von dem ist, was uns in öffentlichen Debatten begegnet. Debatten, die – so berichten es uns viele Menschen in den Fokusgruppen – häufig schwarz-weiß und wenig nuanciert erscheinen. 2024 stimmen 82 Prozent der Befragten zu, dass die öffentliche Debatte „zunehmend hass-erfüllt“ sei (plus zwei Prozentpunkte zu 2021). **Gesellschaftliche Akteure haben das Spaltungsempfinden also immer ein bisschen selbst in der Hand**, wenn sie sich zu Wort melden und dabei für oder gegen Differenzierung entscheiden.

Diagramm 15

Politisierung der empfundenen Spaltungslinien
Gesellschaft derzeit am stärksten gespalten ...

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden	Vgl. Rang 2023 (Auswahl)
Zwischen Arm und Reich	45	36	40	53	41	56	48	—
Zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte	43	38	38	40	38	47	52	↗
Zwischen links und rechts	43	50	44	39	46	37	39	↗
Zwischen Gegnern und Befürwortern der Demokratie	27	30	37	36	19	22	21	neu
Zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen zum Klimaschutz	27	32	29	25	28	22	23	↘
Zwischen Ost und West	26	24	33	34	18	24	25	—
Zwischen Gegnern und Befürwortern der derzeitigen Ukraine-Politik	23	18	23	19	20	21	31	
Zwischen Menschen in Großstädten und Menschen auf dem Land	9	11	11	7	8	7	9	
Zwischen Jung und Alt	8	10	4	8	7	8	8	
Zwischen Geimpften und Ungeimpften	7	5	4	6	5	9	10	
Zwischen Mann und Frau	3	3	2	1	3	3	2	
Zwischen Hochschulabsolventen und Nicht-Absolventen	2	3	0	3	2	1	1	
Wir sind nicht gespalten	1	1	2	2	0	2	0	

Angaben in %

In welcher Hinsicht ist unsere Gesellschaft heutzutage am stärksten gespalten?
Wählen Sie drei Optionen aus.
Quelle: More in Common (2024)

⁹ Vgl. unser Impulspapier „Was macht die Pandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt?“ aus dem Jahr 2022 aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“.

Ambivalente Einstellungen zu Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit

In Zeiten, in denen Fragen der Einwanderungsgesellschaft für viele oben auf der politischen Prioritätenliste stehen und der Nahostkonflikt auch hierzulande zu spüren ist, wollten wir zudem wissen, mit wie viel Empathie die Menschen verschiedenen religiösen und kulturellen Minderheiten im Land begegnen. Daher haben wir sie gefragt, inwiefern sie Feindlichkeit gegenüber Juden sowie Feindlichkeit gegenüber Muslimen derzeit für ein Problem in Deutschland halten.

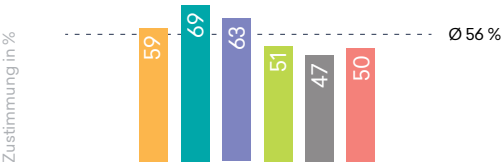
In beiden Fällen fällt das Ergebnis mit 56 Prozent (Antisemitismus) und 55 Prozent (Muslimfeindlichkeit) knapp mehrheitlich aus. Die Stabilisatoren und die Offenen bringen dabei höhere Werte an Empathie auf. **Weiterhin ist bei der Einschätzung des Antisemitismus (nicht aber der Muslimfeindlichkeit) ein recht linearer Alterseffekt zu beobachten:** Das Bewusstsein für seine Gefahren steigt mit dem Alter. Während 68 Prozent der über 70-Jährigen diesen für ein Problem halten, sind es bei den 18- bis 29-Jährigen nur 45 Prozent. Dies muss uns im Land des Holocaust zu denken geben.

Zudem müssen wir wie bereits 2019 auf ein verbreitetes Zurücksetzungsgefühl großer Bevölkerungsteile gegenüber „Minderheiten“ hinweisen: So finden 59 Prozent, dass die Bevorzugung Letzterer ein Problem ist – und zwar mehrheitlich in allen Typen jenseits der Offenen und Involvierten (46 bzw. 48 Prozent). Dieser Wert übertrifft die Empathie sowohl gegenüber jüdischen als auch muslimischen Menschen. **In der Frage, wer zu unserer Gesellschaft gehört, ihren Schutz und ihr Mitgefühl verdient, und was das für unsere kollektiven Selbstbilder bedeutet, bleiben viele Verständigungsaufgaben.**

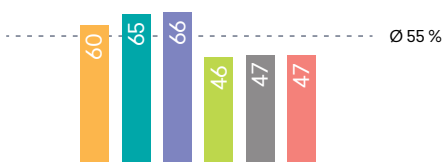
Knapp mehrheitliche Empathie für Minderheiten

● Die Offenen ● Die Involvierten ● Die Etablierten ● Die Pragmatischen ● Die Enttäuschten ● Die Wütenden
--- Gesamt

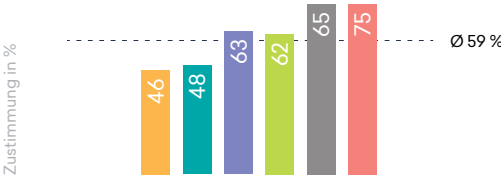
Feindlichkeit gegen Juden ist derzeit ein großes Problem in Deutschland.



Feindlichkeit gegen Muslime ist derzeit ein großes Problem in Deutschland.



Die Bevorzugung von Minderheiten gegenüber der Bevölkerungsmehrheit ist derzeit ein großes Problem in Deutschland.



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Quelle: More in Common (2024)

Gemischtes Bild beim Verständnis für Proteste

Im Jahr 2024 sind Proteste für viele der „sichtbare Teil“ der aufgeheizten Stimmung – quasi der Ausbruch einer allgemeinen Anspannung, wie uns Fokusgruppenteilnehmende berichten. Dabei sehen wir klare Bewertungsunterschiede der einzelnen Protestformen und -akteure.

Ganz vorne liegen die Proteste gegen die AfD und sogenannte „Remigrations“-Pläne zu Beginn des Jahres, für die 60 Prozent Verständnis bekennen. Allerdings wird dieser Wert vor allem von den Involvierten (83 Prozent), den Offenen (75 Prozent) und den Etablierten (72 Prozent) getragen. Schon im unsichtbaren Drittel hat das Verständnis keine Mehrheit mehr (46 Prozent bei den Pragmatischen, 49 bei den Enttäuschten), bei den Wütenden liegt es bei nur 37 Prozent. Unsere qualitativen Forschungsgespräche legen nahe, dass das unsichtbare Drittel vor allem mit der normativ geladenen Tonalität der Proteste fremdelte. Bei ihm wiederum ist – im Angesicht seiner Ernüchterung mit der Politik insgesamt – das Verständnis für eine AfD-Protestwahl mit 30 Prozent (bei den Pragmatischen) und 38 Prozent (bei den Enttäuschten) deutlich höher ausgeprägt als bei den Offenen (18 Prozent), Etablierten (12 Prozent) und Involvierten (9 Prozent). **Die Reflexe gehen in unserer Gesellschaft auseinander, wenn es um den richtigen Umgang mit illiberalen Kräften geht** (s. hierzu auch Kapitel vier).

An zweiter Stelle in Sachen Verständnis liegen die diesjährigen Straßenblockaden der Landwirte mit 56 Prozent. Sie erhalten mehrheitliche Billigung aus allen Segmenten mit Ausnahme der progressiven Offenen (41 Prozent) und Involvierten (46 Prozent). Dieses hohe Niveau ist nicht allzu überraschend, da wir in unserer Forschung Bauern bereits 2022 als große Vertrauensträger und „Alltagshelden“ identifizieren konnten.¹⁰ Sie haben eine kommunikativ starke Ausgangsposition.

Auf gemischtes Verständnis stoßen die derzeitigen Proteste gegen das israelische Vorgehen in Gaza: 28 Prozent positionieren sich hierzu positiv, 33 Prozent negativ. Wobei im Vergleich zu den anderen bewerteten Protesten auffällt, dass viele Menschen keine klare Positionierung („weder noch“ bzw. „kann nicht beurteilen“) vornehmen: das Thema scheint also für viele schwierig und uneindeutig zu sein. Soziodemografisch gesprochen, stehen u. a. die ganz Jungen (18 bis 29 Jahre) und Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Protesten mit jeweils 37 Prozent Verständnis etwas häufiger positiv gegenüber.

Deutlicher Druck liegt auch 2024 auf der Bewertung von Klimaprotesten. Nachdem im letzten Jahr die Aktionen der Letzten Generation auf breite Ablehnung gestoßen waren¹¹ und noch immer nur von 9 Prozent mit Verständnis belohnt werden, finden nun auch die Aktionen von Fridays for Future (FFF) mit 22 Prozent nur begrenzten Rückhalt. Ganze 61 Prozent sagen sogar, sie hätten eher kein Verständnis. Das scheint im Vergleich zu Abfragen von vor 2023¹² eine Verhärtung der Ablehnung, die auf eine insgesamt verschärfte (und natürlich auch von Akteuren außerhalb der Klimabewegung bespielte) „Freund-Gegner-Dynamik“ in der Klimadebatte schließen lässt. Es gibt

10 Vgl. unser Impulspapier „Projekt Zuversicht: Woher nehmen und wie stiften wir in Krisenzeiten Hoffnung für morgen?“ aus dem Jahr 2022 aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“.

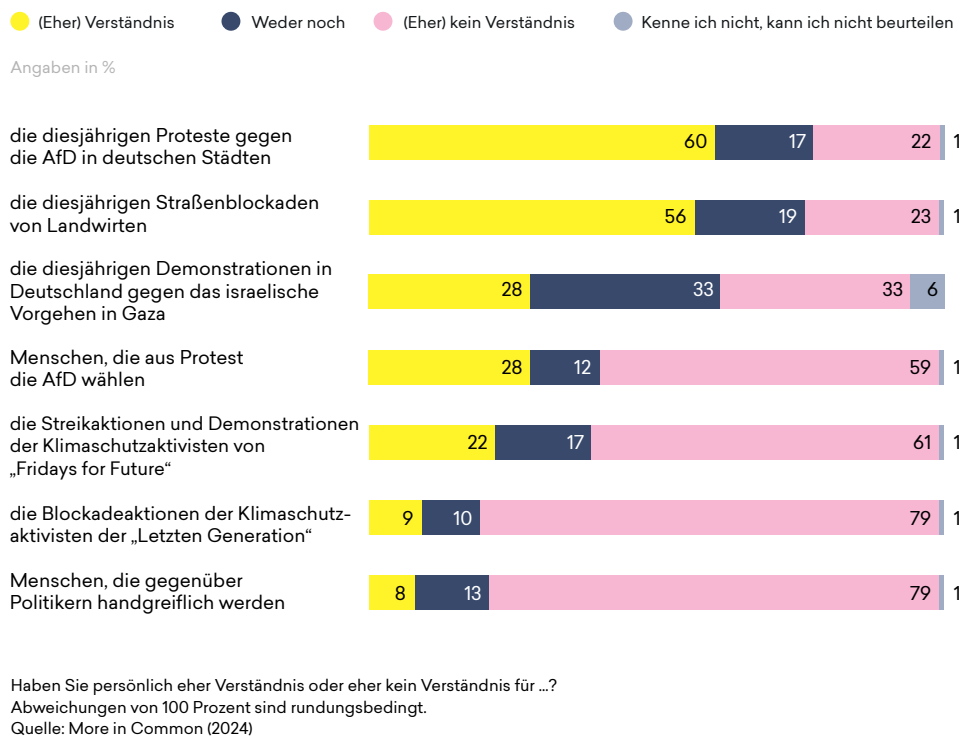
11 Vgl. unseren Online-Beitrag „Wie schaut die deutsche Gesellschaft derzeit auf die Klimabewegung?“ aus dem Jahr 2023.

12 Abfragemethoden im Zeitverlauf nicht deckungsgleich, daher hier kein direkter Vergleich möglich. Siehe aber deutlich geringer ausgeprägte Negativbewertung in Diagramm 6 unseres Impulspapiers „Projekt Zuversicht: Woher nehmen und wie stiften wir in Krisenzeiten Hoffnung für morgen?“ aus dem Jahr 2022 aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“.

zu denken, dass ein weltanschaulich eher fluides (und relativ junges!) Segment wie die Pragmatischen den FFF-Aktionen zu 74 Prozent Unverständnis entgegenbringt. Unsere bisherige Forschung¹³ hat gezeigt, wie wichtig es ist, **exzessive Spaltungsdynamiken in der Klimadebatte zu überwinden und breite Bündnisse zu erarbeiten**. Das ist vor allem entscheidend für eine Debatte, die am mangelnden Glauben an machbare, gerechte und respektvolle Lösungen für alle leidet.

Breites Unverständnis herrscht zuletzt für handgreifliche Angriffe auf Politikerinnen und Politiker, wie wir sie im Jahr 2024 erleben mussten. Im Schnitt lehnen 79 Prozent sie ab – und zwar mehrheitlich über alle Typen, wobei die Involvierten mit 97 Prozent die Spitze bilden. Die Wütenden besetzen mit 66 Prozent das Ende des Spektrums.

Diagramm 17 **Ungleiches Verständnis für Proteste**



In Summe ergeben die derzeitigen Spaltungswahrnehmungen der Menschen ein gemischtes Bild: Ja, sie haben das **Gefühl, dass unsere Gesellschaft sich stärker ideologisch polarisiert. Gleichzeitig bedauern die meisten diese Situation und äußern in unseren Forschungsgesprächen den Wunsch nach mehr Nuancen und Differenzierung**. Man kann also die Frage stellen: Steigert sich die deutsche Gesellschaft in etwas hinein, auf das sie eigentlich gar keine Lust hat? Bereits in früheren Publikationen haben wir darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, solche gegenseitigen negativen Erwartungen zu überwinden – indem man über sie spricht.¹⁴

13 Vgl. unsere Studie „Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland“ aus dem Jahr 2021 sowie das Impulspapier „Einmal gestalten bitte: Prinzipien für eine verbindende Energiewende“ aus dem Jahr 2024.

14 Vgl. unser Impulspapier „Was macht die Pandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt?“ aus dem Jahr 2022 aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“.

DAS GESELLSCHAFTLICHE „TEMPERATUREMPFINDEN“ DER MENSCHEN IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Ich glaube, im Moment verbindet uns tatsächlich diese Unsicherheit in diesem Land. Von der rechten Seite aus, von der linken Seite aus und in der Mitte sowieso, da fühlt man sich auch hin- und hergerissen die ganze Zeit.“

- Aus einer Fokusgruppe der Offenen

„Ich fand diese Demos gegen rechts, die es in Hamburg gegeben hat mit 80.000 Menschen oder mehr, das war eine richtige Befreiung, weil man gesehen hat, es gibt hier Menschen, die opfern 2-3 Stunden ihres freien Tages und versammeln sich.“

- Aus einer Fokusgruppe der Involvierten

„Es sind nicht nur solche Ellenbogenmenschen um einen herum, das wäre die Familie, der Umkreis, meine Kollegen. Manchmal ist es gut, das differenzierter zu sehen und nicht ganz so schlecht, wie die Medien es vielleicht sagen. Im Prinzip geht es uns nicht richtig schlecht, wir haben zwar Angst vorm Schlechterwerden, aber mir persönlich geht es nicht übermäßig schlecht.“

- Aus einer Fokusgruppe der Etablierten

„Aggressive Stimmung, gespaltene Stimmung, würde ich sagen, ich spüre aber auch viel Resignation. Auch bei mir.“

- Aus einer Fokusgruppe der Pragmatischen

**Unser Gemeinwesen:
Was halten wir von
unserer Demokratie?**

4

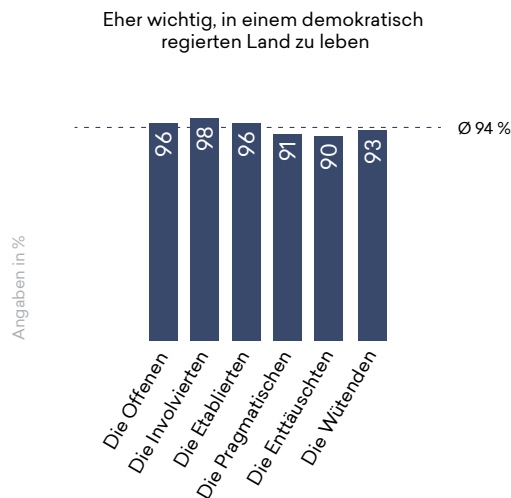
Wir haben es bei den gefühlten Trennlinien in unserer Gesellschaft gesehen: **Ein Teil der Bevölkerung sieht derzeit einen Konflikt um unser demokratisches Gemeinwesen im Gang.** Dazu passt, dass 77 Prozent der Aussage zustimmen, sich „derzeit häufig Sorgen um die Zukunft unserer Demokratie“ zu machen. Derlei Zahlen sind nicht völlig unerwartbar in Zeiten, in denen die politischen Erwartungen vieler – zumindest subjektiv – nicht erfüllt werden (s. Kapitel zwei), die Parteienlandschaft durcheinandergewirbelt wird und es zu überscharfen Debatten und Gewaltakten kommt. Dennoch geben sie zu denken. Deshalb wollten wir genauer wissen: Wie schauen die Menschen derzeit auf die Grundlagen unserer Demokratie, und wie geht es ihnen mit unserer demokratischen Realität? Wie gehen wir also auf grundsätzlicher Ebene dem Dreh- und Angelpunkt Bundestagswahl entgegen?

Zustimmung zu Demokratie weiterhin stark

Steigen wir mit einer der wichtigsten Erkenntnisse ein, an der sich seit unserer großen Demokratie-Studie im Jahr 2021¹⁵ nichts geändert hat: **Die allermeisten Menschen in Deutschland bekennen sich zur Demokratie, 94 Prozent von ihnen ist es persönlich wichtig, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird.** Wir sehen dabei nur kleine Abweichungen zwischen unseren Segmenten, und auch in der gern bemühten Ost-West-Dimension zeigen sich mit 92 zu 95 Prozent Zustimmung keine wesentlichen Unterschiede. Unterschiede ergeben sich vor allem dann, wenn man genauer hinschaut. Ein Beispiel wäre wie schon 2021 eine unterschwellige Tendenz entlang der Altersgruppen: Bei jüngeren Befragten fällt der Nachdruck ihres demokratischen Bekenntnisses schwächer aus, sie tragen es weniger entschieden vor. So wählen auf unserer Antwortskala von eins (überhaupt nicht wichtig) bis sechs (sehr wichtig) nur 59 Prozent der 18- bis 29-Jährigen die Maximalantwort (sehr wichtig) aus – bei den über 70-Jährigen sind es 88 Prozent. Halten wir aber fest: Den Begriff Demokratie an sich schreiben sich fast alle auf die Fahnen.

Diagramm 18

Breites Bekenntnis zur Demokratie



Wie wichtig ist es für Sie persönlich, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?
Quelle: More in Common (2024)

¹⁵ Vgl. unsere für die und mit der Robert Bosch Stiftung durchgeführte Studie „Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA“ aus dem Jahr 2021.

Verschärfter Fokus auf Durchsetzung des „Volkswillens“

Mit dem allgemeinen Begriffsbekenntnis ist allerdings noch nicht geklärt, was genau wir unter Demokratie verstehen, und hier wird die Sache interessant, wie wir schon in unserer Demokratiestudie 2021 herausarbeiten konnten. Darin hatten wir festgestellt, **dass es in der Bevölkerung unterschiedliche „Demokratie-Intuitionen“ gibt**. Dabei konkurrieren pluralistische, auf repräsentativen Meinungsstreit ausgerichtete Verständnisse mit Lesarten, die Demokratie als zügige Durchsetzung eines festen „Volkswillens“ verstehen. Bereits damals hatten wir geschlossen, **dass sich durch solche Deutungsunterschiede verschiedene Seiten leicht als Verteidiger der „wahren“ Demokratie positionieren können**.

Im Jahr 2024 – und ein paar Krisen weiter – haben wir die Menschen erneut zu ihrem Demokratie- und Politikverständnis befragt. In der Tendenz (und bei aller Vorsicht des direkten Vergleichs über mehrere Jahre und Studien hinweg) sehen wir dabei **eine auffälligere Neigung hin zur möglichst unmittelbaren Umsetzung von Bevölkerungspräferenzen** – und eher weniger Rückhalt für repräsentativ-demokratische Gegenpositionen.

So ergibt sich – anders als 2021 – eine **große Mehrheit für Direktabstimmungen** der Bürgerinnen und Bürger in wichtigen Fragen (69 Prozent, plus 17 Prozentpunkte), während das repräsentative Prinzip einer Entscheidung durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter nur 31 Prozent Unterstützung erhält. Den Wunsch nach mehr Mitsprache fangen wir zudem in unseren Fokusgruppen immer wieder ein; wobei er erfahrungsgemäß gerade unter Demokratieunzufriedenen auch wirklich eher plebiszitär („abstimmen können!“) und nicht zwingend deliberativ („diskutieren!“) ausfällt.¹⁶ Dieser Befund ist für die derzeit laufenden Diskussionen rund um Bürgerbeteiligung relevant.

Im Jahr 2024 finden 52 Prozent, dass es in der Politik primär um die Durchsetzung des Volkswillens geht (plus acht Prozentpunkte). Dagegen verstehen nur 48 Prozent Politik eher als den pluralistischen Ausgleich unterschiedlicher Meinungen und Interessen. Neben den ohnehin sehr systemskeptischen Wütenden (61 Prozent) tragen auch die politisch desorientierten Enttäuschten (58 Prozent) und Pragmatischen (56 Prozent) sowie die zufriedeneren Etablierten (55 Prozent) mehrheitlich diesen Ruf des „Volkswillens“. Dies zeigt, wie anschlussfähig die Ansichten härter aufgestellter Segmente (v. a. der Wütenden) an ein breiteres Empfinden in unserer Gesellschaft sein können.

Zudem liegt im Vergleich zu 2021 der Anteil jener etwas höher (aber immer noch minderheitlich), die Parteien automatisch für demokratisch halten, wenn sie von ausreichend Menschen gewählt werden (28 Prozent, plus sechs Prozentpunkte). Mit 39 bzw. 36 Prozent Zustimmung liegen dabei die Pragmatischen und Enttäuschten ganz vorne. Dieser Befund deckt sich mit unseren Eindrücken aus qualitativen Forschungsgesprächen: Gerade bei politikferneren Segmenten hören wir **häufiger sinngemäß den Satz, dass, wer gewählt ist, per se auch ein Mandat hat**.

¹⁶ Siehe zu diesen Nuancen auch unser Impulspapier „Mehr Erreichen: Impulse für eine breitere Bürgerbeteiligung vor Ort“ aus dem Jahr 2023.

Eher in die Gegenrichtung entwickelt sich dagegen der Fokus auf „Output-Legitimation“ von Demokratie. Damit ist gemeint, dass Demokratie nur dann eine gute Sache ist, wenn sie auch „gute Ergebnisse für die Menschen im Land“ hervorbringt. Hier liegt die Zustimmung nun bei 44 Prozent (minus 9 Prozentpunkte zu 2021) – während 56 Prozent die Demokratie auch in Zeiten schlechter Ergebnisse für eine gute Sache halten. Dies mag angesichts der Krisenerfahrung der letzten Jahre überraschen, könnte aber auch die insgesamt wachsende Sorge um die Demokratie spiegeln.

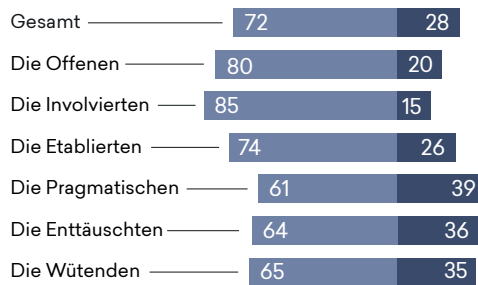
Diagramm 19

Verschiedene Demokratie- und Politikverständnisse

Auch eine von vielen Menschen gewählte Partei kann undemokratisch sein, wenn ihre Positionen gegen wichtige Grundsätze verstoßen.

Solange eine Partei von vielen Menschen gewählt wird, ist sie automatisch demokratisch.

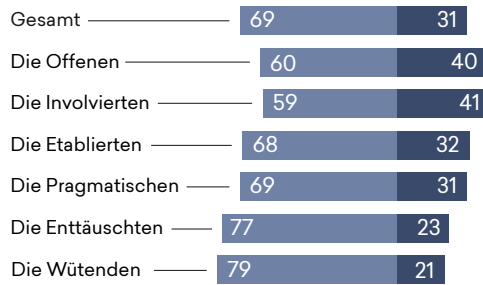
Zustimmung in %



Über wichtige Fragen sollten am besten die Bürger/-innen selbst abstimmen.

Über wichtige Fragen sollten am besten die gewählten Volksvertreter entscheiden.

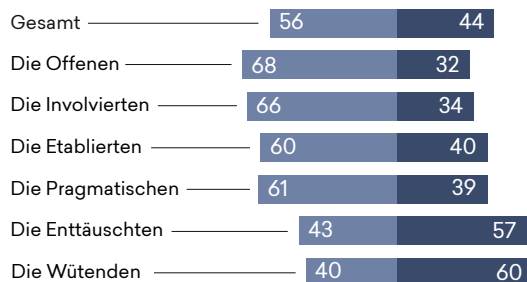
Zustimmung in %



Die Demokratie ist immer eine gute Sache, auch wenn sie einmal keine guten Ergebnisse für die Menschen im Land hervorbringt.

Die Demokratie ist nur dann eine gute Sache, wenn sie auch gute Ergebnisse für die Menschen im Land hervorbringt.

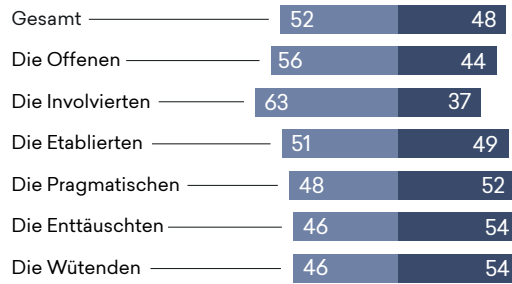
Zustimmung in %



Ich erwarte von Leuten, die politisch meine Überzeugungen teilen, dass sie bereit sind, auf andere zuzugehen und Kompromisse zu schließen.

Ich erwarte von Leuten, die politisch meine Überzeugungen teilen, dass sie unbedingt zu diesen Überzeugungen stehen und für sie kämpfen.

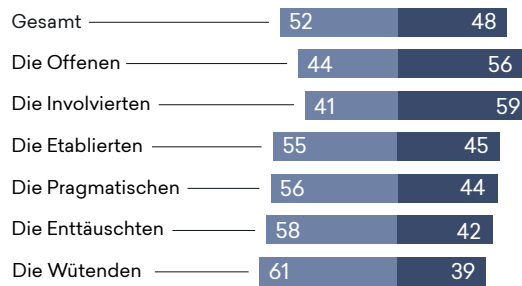
Zustimmung in %



In der Politik geht es darum, den Willen des Volkes umzusetzen.

In der Politik geht es darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen in Ausgleich zu bringen.

Zustimmung in %



Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu?
Quelle: More in Common (2024)

Wir sehen also: **Das Verständnis davon, was unsere Demokratie ausmachen sollte, ist in unserem Land nicht einhellig geklärt. Doch aus den Daten ruft lauter als zuvor der Wunsch vieler Menschen nach einem responsiven System**, das den „Bürgerwillen“ nach oben stellt. Wie passt dieser Ruf zur Wahrnehmung der derzeitigen demokratischen Realität?

Massive Unzufriedenheit mit demokratischer Realität

Der Blick der meisten Menschen auf die Funktionsweise unserer Demokratie fällt kritisch aus. So berichten uns 66 Prozent, dass sie eher unzufrieden mit ihr sind – das entspricht einem Anstieg um weitere sechs Prozentpunkte seit unserer letzten Messung Anfang 2024.

Im Detail wird diese Negativbewegung besonders deutlich, wenn wir die jetzige Lage mit unserer großen Demokratiestudie von 2021 vergleichen. Schon damals fielen die Bewertungen durchwachsen aus. Doch jetzt sind sie überwiegend kritisch. Das beginnt bei der Durchlässigkeit des demokratischen Prozesses. Derzeit finden nur 38 Prozent (minus 15 Prozentpunkte), dass sie sich gut in das politische Geschehen einbringen können, wenn sie das möchten. Selbst zuversichtlichere Typen wie die Involvierten (52

Prozent) und Etablierten (50 Prozent) sind sich nicht sicher. Noch besorgniserregender ist, dass lediglich 32 Prozent der Befragten sich mit ihren Ansichten gut vertreten fühlen, das liegt 19 Prozentpunkte unter den Zahlen von 2021. Kein einziges Segment sagt es mehrheitlich. **Wenn sich die allermeisten in einer repräsentativen Demokratie nicht mehr gut repräsentiert fühlen, dann ist das ein Problem.**

Die Kritik geht bei den Ergebnissen unserer Demokratie weiter. Derzeit finden nur 29 Prozent, dass in unserem politischen System in der Regel gute Ergebnisse herauskommen: ganze 26 Prozentpunkte unter dem Wert von 2021. Anders als damals glaubt in unserer aktuellen Studie kein Segment mehrheitlich an gute Politikergebnisse. Diese Zahlen müssen sehr zu denken geben. Sie passen zu den teils äußerst harten Urteilen, die wir in unseren Forschungsgesprächen hören, in denen Politik als träge oder aber erratisch und unentschieden dargestellt wird. **Wird dieses Zutrauensdefizit nicht angegangen, schafft es eine schwierige Ausgangslage für das Ringen der Demokratie mit autoritären Gegenmodellen.**

Besonders hellhörig sollten wir werden, wenn uns Menschen gehäuft von Ohnmachtsgefühlen berichten. Der Glaube, als Bürgerinnen und Bürger durch eigenes Handeln die Gesellschaft verändern zu können, kommt in Krisenzeiten deutlich unter Druck – das konnten wir bereits 2023 zeigen. Der Anteil jener, die es glauben, erholt sich seither nur zögerlich und liegt noch immer bei nur 43 Prozent. Ausschließlich die progressiv gesinnten Involvierten (57 Prozent) und Offenen (53 Prozent) sind mehrheitlich zuversichtlich, was bürgerschaftliche Handlungsmacht angeht.

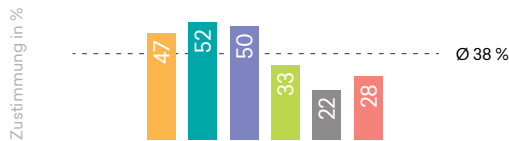
Diagramm 20

Kritischer Blick auf demokratische Realität In unserem aktuellen politischen System ...

- Die Offenen
- Die Involvierten
- Die Etablierten
- Die Pragmatischen
- Die Enttäuschten
- Die Wütenden
- Gesamt

... kann ich mich gut in das politische Geschehen einbringen, wenn ich das möchte.

... fühle ich mich mit meinen Ansichten gut vertreten.



... kommen in der Regel gute Ergebnisse heraus.

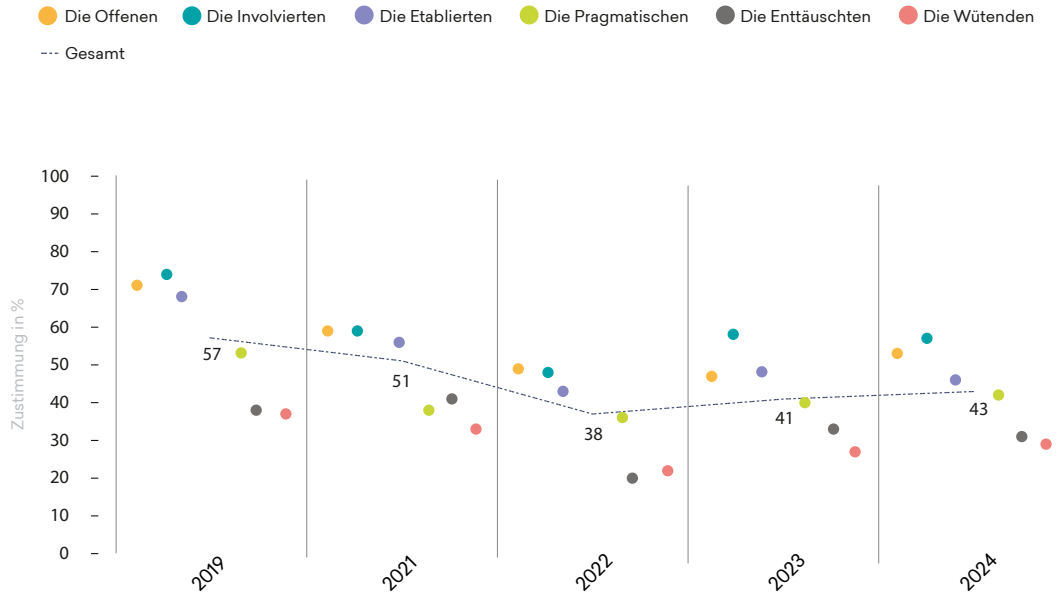


Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
In unserem aktuellen politischen System ...
Quelle: More in Common (2024)

Diagramm 21

Bürgerwirksamkeit erholt sich nur zögerlich

Zustimmung zur Aussage „Durch ihre Entscheidungen und Handlungen können Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft verändern.“



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?
 Gegenstatement: „Entscheidungen und Handlungen der Bürgerinnen und Bürger haben kaum Einfluss darauf, wie die Gesellschaft funktioniert.“
 Quelle: More in Common (2024)

In Summe müssen wir schließen, dass die Beziehung der Menschen zu ihrem Gemeinwesen derzeit wohl noch stärker angeknackst ist als zuvor. Alle demokratisch gesinnten Akteure sollten verstehen, dass hierin eine Kernherausforderung im Umgang mit autoritären Bedrohungen liegt. **Zu viele Menschen, die sehr wohl in der Demokratie leben wollen, empfinden zu viel Distanz und zu wenig Zuversicht, wenn sie auf die derzeitigen Routinen und Möglichkeiten unseres politischen Systems blicken.** Und zwar längst nicht mehr nur an den „Rändern“, sondern in der Breite unserer Gesellschaft.

Blick der Menschen auf AfD-Erfolge: Wie weit kann es gehen?

Daher lohnt sich ein genauerer Blick auf die aktuellen Erfolge der AfD. Viele Akteure stellen sich die Frage, wie sie mit dem Aufstieg illiberaler Kräfte umgehen sollen.

Generell gilt es zu verstehen: **Wer wie das unsichtbare Drittel ohnehin ein besonders schwaches Vertrauensverhältnis zur bisherigen Politik hat, schaut womöglich aufgeschlossener auf (selbsterklärte) Alternativen.** Bei der Abfrage der Wahlabsicht gaben unter den Parteiwählern 18 Prozent an, die AfD zu unterstützen.¹⁷ Wie 2023 sehen wir, dass zwar die weltanschaulich festen Wütenden mit Abstand am stärksten zur AfD neigen (40 Prozent) – dahinter aber das unsichtbare Drittel mit den Enttäuschten (23 Prozent) und den Pragmatischen (21 Prozent) folgt. Hingegen fällt die Unterstützung bei den drei besser eingebundenen Typen mit zwischen fünf und acht Prozent deutlich geringer aus. Dieses Perspektivengefälle findet sich übrigens auch in der Neigung zum BSW wieder: Es hat mit 13 bis 16 Prozent unter den Wütenden, Enttäuschten und Pragmatischen mehr als doppelt so viel Zustimmung wie unter den drei anderen Typen (jeweils fünf bis sechs Prozent).

Aufschlussreich ist auch der Ausblick der Menschen darauf, wozu es die AfD in diesem Land noch bringen könnte: **Wir haben verschiedene Szenarien abgefragt, die eine Regierungsbeteiligung der Partei durchspielen.** Dabei dominieren die ablehnenden Mehrheiten, so fänden derzeit 64 Prozent eine mögliche Beteiligung der AfD an der Bundesregierung eher schlecht. Ebenso lehnen 61 Prozent eine Beteiligung an Landesregierungen ab. Dem zutiefst unzufriedenen, von der Politik gefühlt übersehenen Segment der Enttäuschten fällt diese Ablehnung jedoch schwerer: Von ihnen fänden 28 Prozent eine Regierungsbeteiligung der Partei auf Landesebene durchaus gut, 22 Prozent sind unentschieden. In Fokusgruppen berichten uns die Enttäuschten von dem Wunsch, dass jemand die anderen Parteien aufschreckt. Wenn dagegen die Involvierten mit 82 Prozent und die Etablierten mit 73 Prozent fest gegen eine AfD-Beteiligung an Landesregierungen stehen, dann hat das wohl auch etwas mit der gefühlten Fallhöhe beim „Ausprobieren“ neuer Optionen zu tun.

Zudem sollten wir folgendes Paradoxon verstehen: In unseren Forschungsgesprächen **äußern häufig ausgerechnet jene Menschen, die sonst besonders unzufrieden mit der Politik sind, großes Vertrauen in die („machtbewussten“) etablierten Parteien, illiberale Kräfte im Notfall „einzuhegen“.** In aller Regel wünschen sich Menschen keine volle Machtübernahme durch Illiberale – aber manchen gefällt die Idee, auf der Schwelle darunter ein wenig „mit der Dosis zu spielen“ und so die bisherige Politik unter Druck zu setzen. Die obere Schmerzgrenze dieses gedanklichen Balanceakts wird deutlich, wenn man Menschen fragt, was sie von einer Alleinregierung der AfD halten würden: Schon auf Länderebene lehnen dies 76 Prozent ab – und auch bei den Enttäuschten und Pragmatischen fänden es mit 13 bzw. 14 Prozent nur noch die wenigsten gut. Sogar die Wütenden (!) halten ein solches Szenario nur in einem von vier Fällen für erstrebenswert. Daher überrascht es auch nicht, dass 61 Prozent sagen, dass Wahlsiege von Parteien wie der AfD dazu führen, dass sie sich in Deutschland weniger zu Hause fühlen als zuvor. Auch im unsichtbaren Drittel stimmt dem noch mindestens jede und jeder Zweite zu.

¹⁷ Das entspricht recht genau den zeitgleich (September und Oktober 2024) von den großen Wahlforschungsinstituten ermittelten Werten. Quelle: www.wahlrecht.de. Hinweis: Wir weisen unsererseits politisch ungewichtete Daten aus und erheben deshalb nicht den Anspruch einer offiziellen, belastbaren Sonntagsfrage.

Für den Umgang mit dem Aufstieg illiberaler Kräfte zeigen diese Zahlen, dass es im Dialog mit den Menschen mehr braucht als nur frontale Warnungen und Appelle.¹⁸

Angehörige des unsichtbaren Drittels berichten uns in den Fokusgruppen, dass sie diese längst hören. Aber sie fremdeln mit ihnen, wenn sie von Akteuren kommen, denen sie nicht voll vertrauen – dann ist schnell von „Panikmache“ die Rede. In diesem Sinne ist auch die AfD-Verbotsfrage umstritten. Auf der einen Seite fänden 47 Prozent ein solches Verbot gut (und zwar angeführt von den Involvierten mit 61, den Etablierten mit 56 und den Offenen mit 55 Prozent) – 33 Prozent hingegen fänden es eher schlecht, mit nahezu gleich verteilten Pro-Contra-Anteilen im unsichtbaren Drittel.

Deshalb braucht es ein nuanciertes, von den richtigen Vertrauensträgerinnen und -trägern (z. B. aus dem alltagsnahen Bereich) moderiertes Gespräch über unsere demokratischen Gewiss- und Sicherheiten – darüber, was wir für selbstverständlich halten, und was wir im Zweifel verlieren, wenn wir zu großes Risiko eingehen. In unseren Forschungsgesprächen merken wir, dass Menschen im geschützten Raum sehr wohl zu differenzierten Betrachtungen über illiberale Tendenzen in der Lage sind, wenn man einen Ton der Wertschätzung und des gemeinsamen Nachdenkens trifft.

Zudem braucht unser demokratisches Gemeinwesen eine generelle Offensive in politischer Beziehungsarbeit, um verlorengegangenes Vertrauen vieler Menschen wieder aufzubauen. Dazu gehört auch, die Perspektiven des unsichtbaren Drittels abzubilden. Demokratische Kräfte sollten stärker herausstellen, wen sie vertreten, wie sie gestalten möchten und auf welche gute Zukunft für die Menschen sie hinarbeiten. Die eigene Stärke ist die beste Verteidigung.

Eines merken wir in unserer Forschung immer wieder: Menschen ist nicht egal, was mit unserer Demokratie passiert. Es ist ihnen auch nicht egal, wem man sie anvertraut. Anders als 2021 findet derzeit nur eine Minderheit (37 Prozent, minus 16 Punkte), dass es in unserem aktuellen politischen System keinen Unterschied macht, wer an der Regierung ist – eine gute Nachricht, die sich auch in der seit einigen Jahren wieder steigenden Wahlbeteiligung spiegelt. Trotzdem erwarten die Menschen derzeit mehr von unserer Demokratie. Ergo: **Wer unser freiheitliches Gemeinwesen schützen möchte, sollte auch daran mitarbeiten, dass es wieder Hoffnung generieren kann.** Die wohl in den nächsten Monaten anstehende Neuwahl ist hierfür ein erster Anwendungsfall. Wenn die Kampagnen vorbei sind, gilt es, die aus ihm erwachsenen programmatischen Gestaltungsimpulse in politischer Arbeit zu verstetigen.

18 Vgl. unsere Publikation „Der Tag danach: Wenn Populisten Wahlen gewinnen“ aus dem Jahr 2024.

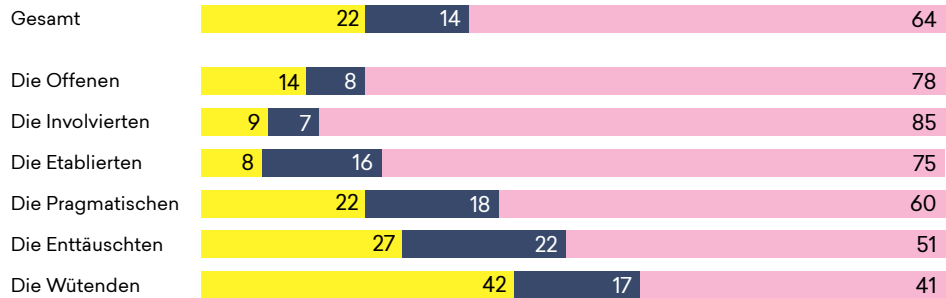
Diagramm 22

Bewertung möglicher AfD-Szenarien

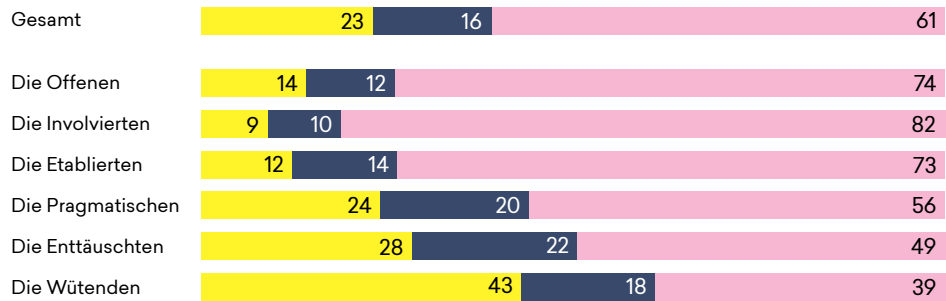
● Fände ich (eher) gut ● Fände ich weder gut noch schlecht ● Fände ich (eher) schlecht

Angaben in %

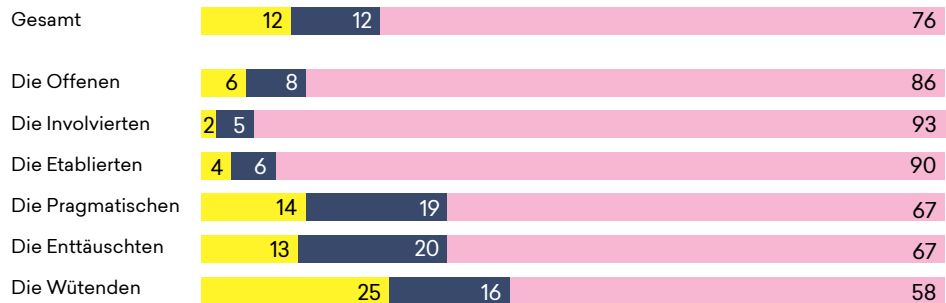
Eine Beteiligung der AfD an der Bundesregierung



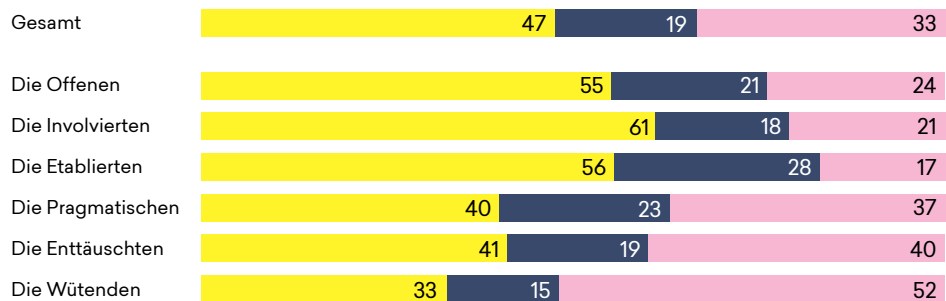
Eine Beteiligung der AfD an Landesregierungen



Eine Alleinregierung der AfD in einem Bundesland



Ein Verbot der AfD



Fänden Sie es eher gut oder eher schlecht, wenn demnächst in Deutschland die folgenden Situationen eintreten würden?
Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Quelle: More in Common (2024)

EINSTELLUNGEN DER MENSCHEN ZUR DEMOKRATIE IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Wir leben in einer Demokratie, aber ich glaube, das verbindet nicht alle Menschen hier in diesem Land.“

– Aus einer Fokusgruppe der Offenen

„Ich sage immer, wer was verändern will, muss auch auf jeden Fall nicht nur rumnölen, sondern auch was machen und zielgerichtet Vorschläge machen und nicht nur alles schlechtreden.“

– Aus einer Fokusgruppe der Involvierten

„Aber so eine AfD ist ein Zeichen für Demokratie und kann auch Bewegung in andere Parteien bringen, dass die auch mal überlegen, okay, vielleicht will das gesamte Volk doch auch ein bisschen was anderes.“

– Aus einer Fokusgruppe der Etablierten

„Die Macht sollte vom Volk ausgehen. Indem das Volk wählen darf, wie wir es haben, Mehrparteiensystem, genau.“

– Aus einer Fokusgruppe der Pragmatischen

„Eine Volksabstimmung, die dann aber bindend wäre, sozusagen, da würden viel mehr Leute gehen als zu Wahlen, wo doch alle der Meinung sind, es ändert sich ja doch nichts.“

– Aus einer Fokusgruppe der Enttäuschten

„Wir haben freie Wahlen, eine Gewaltenteilung, können unsere Meinung sagen, ich möchte keine andere Staatsform, insofern, ich möchte es auch nicht geändert haben. Vielleicht in einzelnen Punkten oder jetzt diese momentanen Aufeinander-Einhackereien, das gefällt mir nicht, aber das ist eben auch in einer Demokratie möglich, aber da sollte man wieder zueinander finden auch.“

– Aus einer Fokusgruppe der Wütenden

Zukunftsgestaltung: Ein Land, das in die Gänge kommt

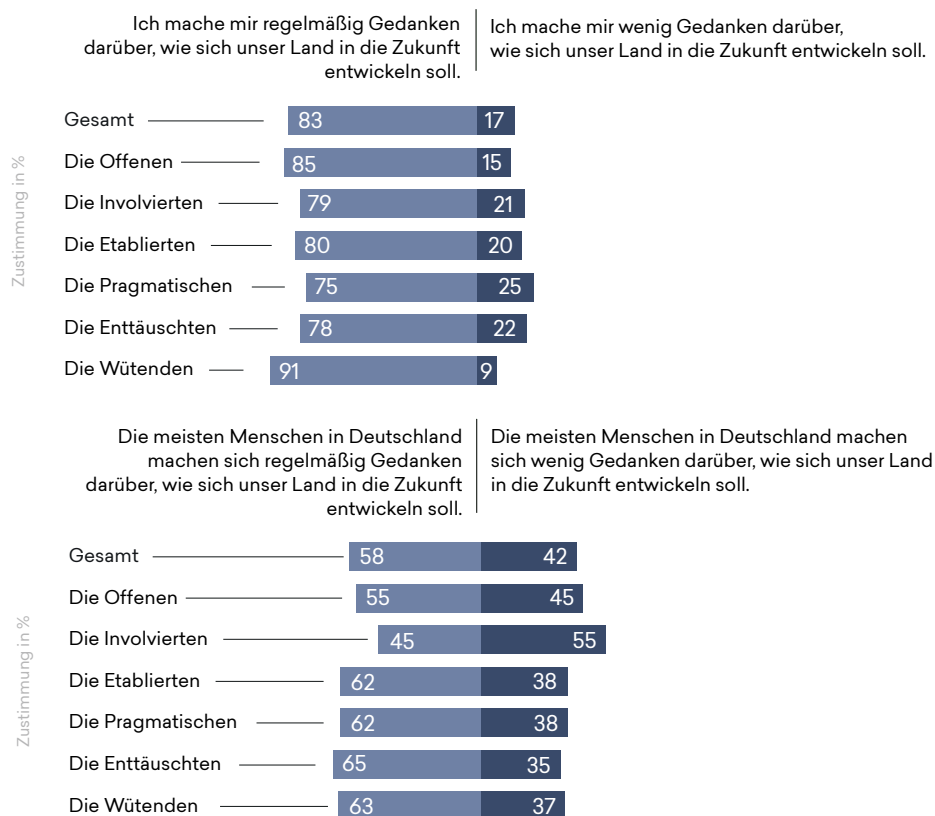


Es ist nicht leicht, positiv zu bleiben, wenn 85 Prozent von uns finden, das Land entwickle sich eher in die falsche Richtung. Die vielen negativen Zahlen in diesem Bericht können niederdrückend wirken. Das sollen sie aber nicht, gerade nicht in Wahlzeiten, in denen wir vorwärts gerichtete Gespräche benötigen. Es geht vielmehr darum, welche Hoffnungsbedarfe und Gestaltungspotenziale sich unter ihnen verbergen. Wo wir derzeit ein Zuversichtsdefizit in unserer Gesellschaft attestieren müssen, ergeben sich – positiv gewendet – **Rückschlüsse auf das, was unser Land und die Menschen brauchen: Signale der Orientierung, des Anpackens und der Zukunftsgestaltung**. Denn unsere Forschung zeigt, dass die Menschen sich ein besseres Land wünschen. Darauf können Akteure aufbauen und die Frage muss dabei lauten: Wie bringen wir den Hoffnungsmotor ins Laufen und dabei das Land voran?

Klares Bekenntnis zur Zukunftsgestaltung, aber Zweifel an Handlungsbereitschaft

Wir erleben in jeder Fokusgruppe: **Den Menschen in Deutschland ist das Morgen nicht egal**. 83 Prozent machen sich regelmäßig Gedanken darüber, wie sich unser Land in die Zukunft entwickeln soll. Dieses gleichzeitige Nachdenken (fast) aller kann bereits einen verbindenden Faktor darstellen – wenn wir verstehen, dass wir eben nicht allein sind. Auf dem Weg zu dieser Erkenntnis sind wir schon gut unterwegs: Immerhin 58 Prozent der Befragten glauben, dass auch die meisten anderen Menschen regelmäßig über die Zukunft des Landes nachdenken. Das ist zwar ein – erwartbar – niedrigerer Wert als bei der Selbstbeschreibung, aber keine schlechte Ausgangsbasis – wenn wir daraus ein kollektives Gesprächsthema machen.

Diagramm 23 **Breit geteiltes Nachdenken über die Zukunft**

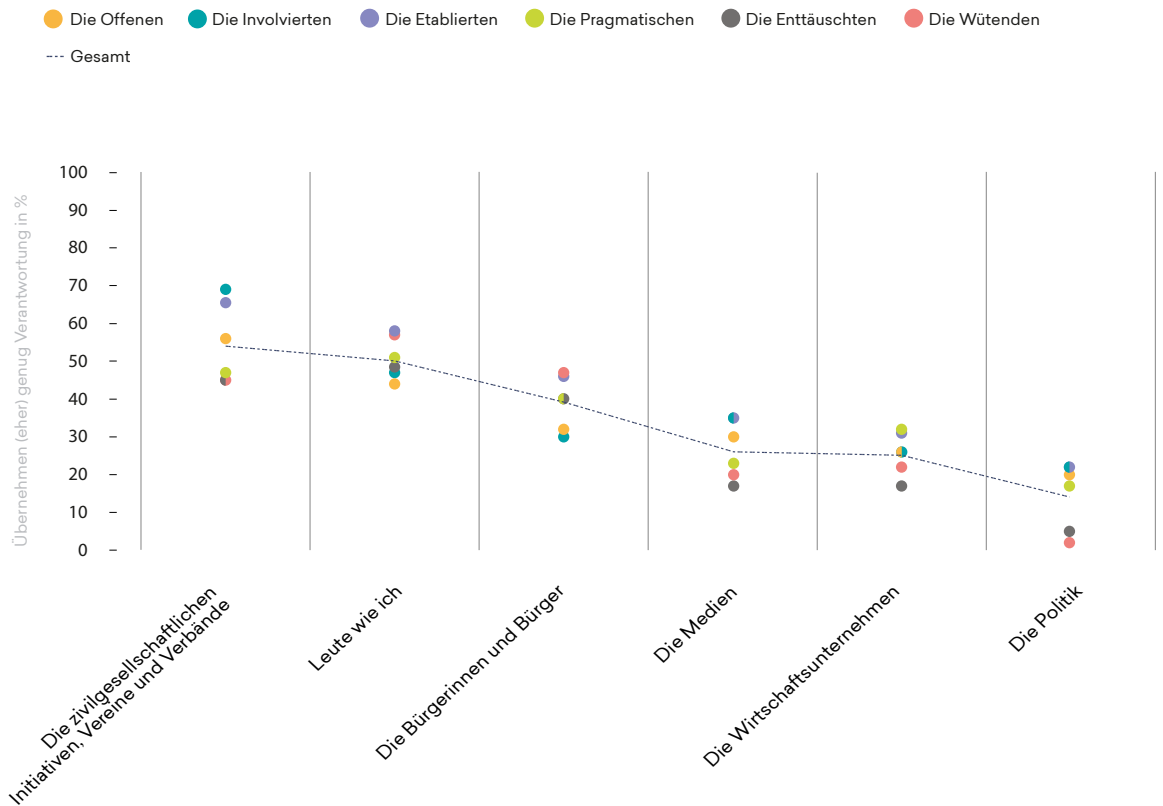


Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?
Quelle: More in Common (2024)

Allerdings fällt die Zuversicht, dass am Schluss wirklich alle ihren Teil zur Zukunftsgestaltung beisteuern werden, noch verhalten aus. Fragt man Menschen, wer derzeit genug Verantwortung dafür übernimmt, dass sich unsere Gesellschaft gut in die Zukunft entwickelt, dann sind vor allem im Hinblick auf die „großen“ Akteure nur wenige zuversichtlich. Lediglich 14 Prozent sehen eine ausreichende Verantwortungsübernahme der Politik, 25 Prozent der Wirtschaft, 26 Prozent der Medien. Hier ist die ausstehende Bringschuld also am drückendsten. Spannend aber ist, dass sogar im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger nur 39 Prozent an ausreichende Verantwortungsübernahme glauben. Das geht so weit, dass man sogar „Leuten wie einem selbst“ – denen man sonst gerne positiv gegenübersteht – auch nur zu 50 Prozent ausreichenden Einsatz attestiert. Dabei ist das Typengefälle zwischen den am „selbstkritischsten“ Offenen (44 Prozent) und den am ehesten „selbstzufriedenen“ Etablierten (58 Prozent) auch nicht sehr groß. Wohlfeile Selbstentschuldigung sieht anders aus. Unsere Zahlen zeigen zudem, wer als relatives Rollenvorbild fungieren kann: **Allein die zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereine und Verbände verfügen über das mehrheitliche Vertrauen (54 Prozent) der Bevölkerung in ihre Verantwortungsübernahme. Dieses Vertrauen können sie nutzen, um Zukunftsbedarfe ins gesellschaftliche Gespräch einzubringen.** In politischen Entscheidungszeiten tut das besonders not.

Diagramm 24

Große Zweifel an kollektiver Verantwortungsübernahme
 Wer übernimmt genug Verantwortung für ges. Zukunftsentwicklung?



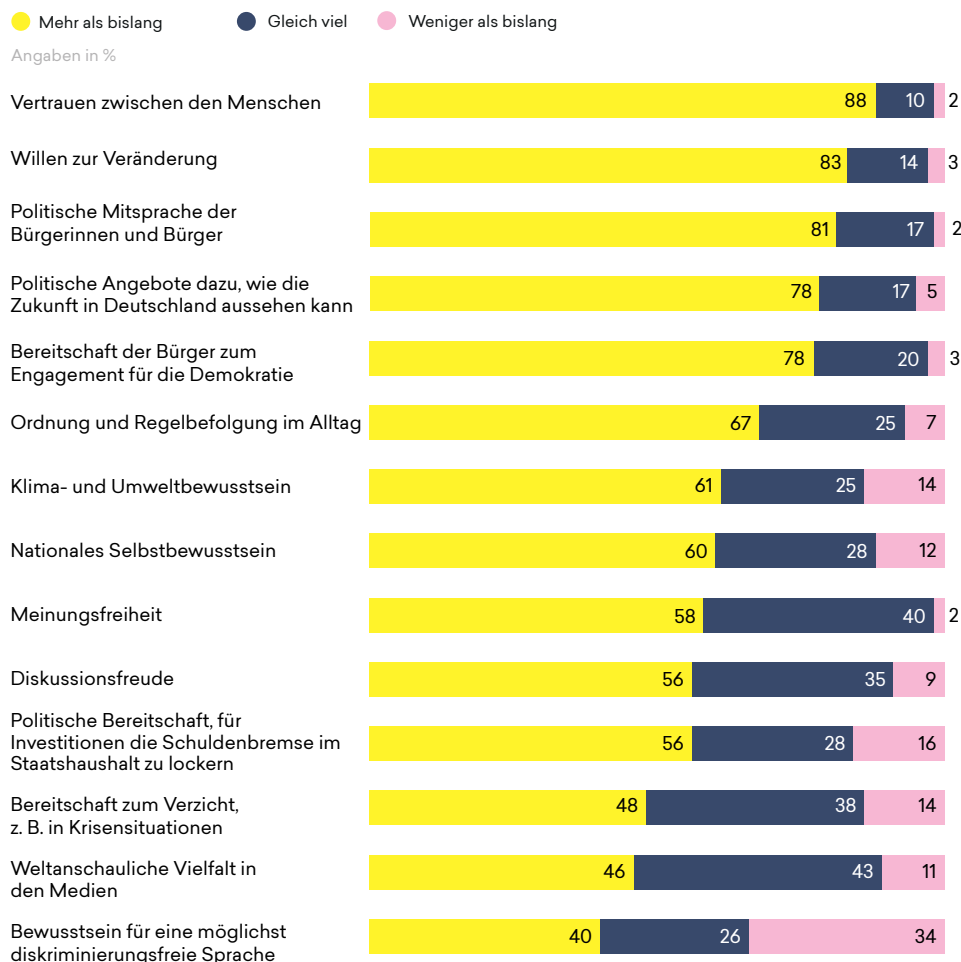
Was denken Sie: Übernehmen die folgenden Personen und Akteure derzeit genug oder nicht genug Verantwortung dafür, dass unsere Gesellschaft als Ganzes sich gut in die Zukunft entwickelt?
 Quelle: More in Common (2024)

Forderung nach Stärkung unserer Handlungsgrundlagen

Wenn wir Menschen fragen, von welchen Eigenschaften unsere Gesellschaft künftig mehr oder weniger braucht, setzen sich dabei vor allem Qualitäten durch, die auf die kollektive Handlungsfähigkeit unseres Landes einzahlen. An der Spitze der Wunschliste für die Zukunft steht der „Schmierstoff“ Vertrauen zwischen Menschen mit nahezu einhelligen 88 Prozent. Was ihm folgt, sollten vor allem die aufmerksam mitlesen, die von der aktuellen „Veränderungsmüdigkeit“ der Menschen überzeugt sind: Sage und schreibe 83 Prozent der Befragten wünschen sich einen stärkeren Willen zur Veränderung. Dieser Wunsch wird von jedem Segment zu mindestens 75 Prozent geteilt. (Dabei sei an Kapitel zwei erinnert: Nicht für alle Menschen ist das Gefühl, dass Dinge sich ändern müssen, gleichbedeutend mit einem Wunsch nach „Transformation“ – aber nach Verbesserung allemal.) Auch die Forderungen nach mehr politischer Mitsprache für die Bürgerinnen und Bürger (81 Prozent) und starken politischen Zukunftsangeboten (78 Prozent) fügen sich in das Bild einer Gesellschaft, die sich danach sehnt, in die Gänge zu kommen. Bemerkenswert ist auch, dass die Menschen sich selbst als Bürgerinnen und Bürger in die Pflicht nehmen: 78 Prozent wünschen sich mehr Engagementbereitschaft für die Demokratie – und zwar mehrheitlich über alle Segmente. Die meisten Menschen meinen es gut mit diesem Land, und haben auch noch etwas vor mit ihm.

Diagramm 25

Kollektive Handlungsfähigkeit stark nachgefragt Braucht es in unserer Gesellschaft mehr oder weniger ?



Braucht es Ihrer Meinung nach in der deutschen Gesellschaft künftig mehr oder weniger als bislang von den folgenden Dingen?
Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Quelle: More in Common (2024)

Sehnsucht nach erneuerten Grundfesten in unsicheren Zeiten

Wirtschaftsflaute, Krieg und Regierungsstreit: Die aktuelle Krisenstimmung wirkt sich auch auf die gewünschten Schwerpunkte in der Zukunftsgestaltung aus. In unserer Erhebung erkennen wir derzeit einen markanten Trend zur Sicherung und Erneuerung unserer „Substanz“. Warum wir das so sagen? Sehen wir uns die seit 2019 gestellte Frage an, welche Attribute ein „ideales“ Deutschland am besten beschreiben würden. Dabei schnitten schon immer die drei grundständigen Qualitäten „demokratisch“, „sicher“ und „gerecht“ gut ab. Diese drei Kernwerte erleben in unserer aktuellen Erhebung einen förmlichen Boom. Im Vergleich zu Ende 2021 schießt der Wunsch nach einem demokratischen Deutschland um beeindruckende 18 Prozentpunkte nach oben und liegt mit insgesamt 68 Prozent bei fast allen Typen ganz vorne – auch bei den Wütenden landet er mit 60 Prozent immerhin auf Platz zwei. Noch deutlicher zeigt sich der Trend bei dem Wunsch nach Sicherheit: Hier verzeichnen wir einen Anstieg um satte 20 Prozentpunkte auf 53 Prozent. Auch der Ruf nach Gerechtigkeit wird lauter und legt um sechs Prozentpunkte auf 46 Prozent zu. Die Botschaft scheint: **Menschen haben derzeit das Gefühl, dass die bundesrepublikanischen Kerngarantien ungewiss werden – und fordern sie umso entschiedener ein.** In der Krise wächst das Bewusstsein für die Grundfesten.

Dieser Fokus bedeutet aber auch, dass andere Attribute (relativ gesprochen) an Aufmerksamkeit verlieren: So gerät der Wunsch nach einem umweltfreundlichen Land schwächer und landet mit 39 Prozent noch auf Platz vier (minus zehn Prozentpunkte). Gestaltungsvorschläge zu diesem und anderen Aspekten sollten programmatisch mit den drei obigen Kernzielen verbunden werden, um möglichst breit anschlussfähig zu sein. **Gesellschaftliche Akteure sollten sich also fragen, wie sie die großen Veränderungsbedarfe unserer Zeit so gestalten können, dass sie auch als Plan für ein demokratisches, sicheres und gerechtes Land funktionieren.** Können wir (in Wahlzeiten und darüber hinaus) schlüssige Geschichten von der Zukunft erzählen, die das Wichtige sichern und das Richtige vorantreiben?

Diagramm 26

Ideales Deutschland: Fokus auf den Kern
Wie sollte unsere Gesellschaft sein?

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden
Demokratisch	68	70	83	78	57	61	60
Sicher	53	46	46	46	54	61	62
Gerecht	46	45	39	42	43	60	48
Umweltfreundlich	39	50	55	41	28	32	24
Verantwortungsbewusst	32	32	31	39	26	30	33
Weltoffen	28	36	42	34	19	24	13
Europäisch	24	28	32	30	25	13	17
Erfolgreich	21	21	15	18	29	24	22
Modern	20	22	21	14	27	22	15
Unabhängig	20	21	12	14	17	27	24
Traditionsbewusst	17	7	8	16	18	15	34
Patriotisch	5	2	1	3	7	5	13
Keine der Genannten	1	0	0	0	4	2	2

Angaben in %

Denken Sie bitte etwa 10 Jahre in die Zukunft und stellen Sie sich Ihre ideale deutsche Gesellschaft vor. Wie sollte sie sein? Bitte wählen Sie bis zu vier Eigenschaften aus.
Quelle: More in Common (2024)

Bereits 2022 hatten wir geschrieben, dass die Ambitionen der meisten Menschen für ihr künftiges Leben weder maßlos noch extravagant sind.¹⁹ Sie wünschen sich keinen übermäßigen Reichtum und kein Wolkenkuckucksheim. Im Gegenteil: Spricht man mit ihnen im geschützten Raum über ein gutes Land, dann stehen Motive der Mäßigung, der breiten Mitte, der Rücksichtnahme und der Wertschätzung stark im Mittelpunkt. Das wird im Jahr 2024 einmal mehr deutlich, wenn wir unsere Befragten bitten, unter diversen möglichen Aussagen diejenigen zu identifizieren, die am besten zu ihrem „idealen“ Deutschland der Zukunft passen.

Am besten schneidet dabei der Wunsch ab, dass alle ordentlich von ihrer Arbeit leben können (66 Prozent). Diese Vorstellung liegt bei fast allen Typen vorne. Nur bei den Etablierten wird sie von dem Wunsch übertroffen, dass sich alle mit Respekt und Wertschätzung begegnen – ein Ziel, das im Schnitt aller Befragten mit 53 Prozent auf einem starken zweiten Platz liegt. Es folgen Motive der Sicherheit vor Verbrechen (53 Prozent), der gleichen Bildungschancen (42 Prozent) und der gleichen Regeln für alle (31 Prozent).

¹⁹ Vgl. unser Impulspapier „Projekt Zuversicht: Woher nehmen und wie stiften wir in Krisenzeiten Hoffnung für morgen?“ aus dem Jahr 2022 aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“.

Alles in allem (s. Diagramm) haben wir erneut mit der substanziellen Ambition einer Gesellschaft zu tun, die für die Menschen funktioniert. Akteure, die spezifisch für bestimmte Motive (wie z. B. eine vielfältige oder engagierte Gesellschaft) werben wollen, sollten also bedenken, wie sich ihre Ziele mit dem übergeordneten Anspruch eines Landes verweben lassen, das seine grundlegenden Stärken voll ausspielen kann.

Diagramm 27 Ein Land, das für Menschen funktioniert
In meinem idealen Deutschland ...

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden
... können alle Menschen ordentlich von ihrer Arbeit leben.	66	63	68	62	54	74	68
... begegnen wir einander mit Respekt und Wertschätzung.	53	59	63	63	49	54	38
... brauchen wir nachts auf der Straße keine Angst vor Verbrechen zu haben.	53	43	41	51	50	66	65
... haben alle Kinder die gleichen hervorragenden Bildungschancen.	42	48	53	42	29	38	35
... gelten für alle dieselben Regeln.	31	31	31	32	25	33	31
... ist unsere Verwaltung schnell und bürgerfreundlich.	29	28	31	30	30	33	24
... kümmern wir uns in erster Linie um die eigenen Bürger.	28	17	13	20	31	37	48
... haben wir eine der modernsten öffentlichen Infrastrukturen, z. B. bei Verkehrsnetzen und öffentlichen Gebäuden.	28	35	31	22	30	22	23
... entscheiden wir als Bürger direkt über wichtige politische Fragen.	22	16	16	18	18	26	32
... übernehmen wir Verantwortung für Europa und die Sicherheit in der Welt.	19	23	28	25	21	8	11
... ist die Industrie Weltspitze.	15	15	10	15	19	14	16
... pflegen wir Tradition und Brauchtum.	15	6	7	21	16	16	25
... halten wir uns aus den großen Konflikten auf der Welt heraus.	13	7	7	11	10	18	24
... feiern wir Vielfalt und unterschiedliche Lebensentwürfe.	11	21	20	7	6	6	3
... gelten Eingewanderte nach einer Weile als genauso deutsch wie alle anderen auch.	10	16	19	11	7	4	3
... stoßen wir keine Treibhausgase mehr aus.	10	16	16	9	6	6	3
... fordern wir voneinander Leistung und Verantwortungsübernahme im Beruf.	8	7	10	10	12	6	6
... engagieren sich möglichst viele von uns ehrenamtlich.	7	6	8	15	10	4	5
... beschäftigen wir uns mit Kunst und Kultur.	2	4	4	2	2	1	2

Angaben in %

Bitte stellen Sie sich noch einmal Ihr ideales Deutschland vor – und entscheiden Sie jeweils, welche der folgenden Aussagen besonders wichtig für Ihr ideales Deutschland sind. Wählen Sie bis zu max. fünf der für Sie persönlich allerwichtigsten Aussagen aus.
Quelle: More in Common (2024)

ZUKUNFTSGEDANKEN DER MENSCHEN IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Ich glaube, weil jeder seins macht, so wichtige, große Veränderungen einfach noch viel zu lange dauern, weil es durch Tausende Kriterien noch muss, sei es jetzt eine Baustelle (...). Das macht es einfach so unattraktiv, wenn alles so lange dauert, da kein richtiger Plan dahinter ist, man sich nicht um die Leute Gedanken macht, also irgendwie fehlt da Durchsetzungsvermögen bei den Sachen.“

– Aus einer Fokusgruppe der Offenen

„Mein Bruder hat jahrelang für die Tafel gearbeitet, das sind alles ehrenamtliche Helfer (...) die da Essen für Hilfsbedürftige zusammensuchen, sich in ihrer Freizeit da hinstellen und das verteilen. Da waren ältere Damen dabei, die haben das bis zum Tod gemacht und total gerne gemacht. Die wollten helfen. Das macht auch Deutschland noch aus, das ist eins der wenigen positiven Dinge.“

– Aus einer Fokusgruppe der Etablierten

„Ich glaube, dass wir so resistent sind und wieder aufbauen können und tatsächlich auch den Enthusiasmus noch haben. Ich glaube, dass wir so gegen die Wand fahren gerade, dass irgendwie, die anderen wollen vielleicht nicht mehr, aber dass dann die letzten Leute aufwachen und sagen, okay, es muss sich was ändern in diesem Land.“

– Aus einer Fokusgruppe der Enttäuschten

„Werte, für die ich stehe. Im besten Fall friedlich leben, leben und leben lassen, nicht kriminell sein, arbeiten gehen, einfach ein soziales Leben führen und na ja, friedlich durch die Welt gehen eigentlich so, das ist das Wichtigste.“

– Aus einer Fokusgruppe der Wütenden

Fazit wider das Verzagen: Gesellschaftliche Akteure sind gefragt

Nein, die derzeitige Lage macht es politischen und gesellschaftlichen Akteuren nicht leicht. Im Gespräch berichten uns Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien immer wieder vom Misstrauen, auf das sie stoßen; von der Schwierigkeit, gesellschaftliche Gesprächsbrücken zu wahren oder diejenigen zu erreichen, an denen man bislang vorbereitet ist. Unsere Zahlen zeigen, dass diese Eindrücke begründet sind. Ja, die gesellschaftliche Stimmung ist derzeit gedrückt. **Vielen fehlt es an Zuversicht und Zutrauen, dass unser Land „es noch kann“, anstatt sich in gefühlten Spaltungsdebatten und Blockaden zu verlieren.** Viele zweifeln sowohl an ihren Mitmenschen als auch an „denen da oben“ – und die Gefahr ist, dass wir uns in einen Teufelskreis aus negativen Erwartungen, verpassten Chancen und noch schlechterer Stimmung hineinsteigern.

Dabei können wir es nicht belassen – schon gar nicht jetzt, wo vorgezogene Bundestagswahlen einen Moment der Ausrichtung für die Zukunft bedeuten können; einen Moment, an dem nicht nur politische, sondern auch andere gesellschaftliche Akteure mitwirken sollten. Dies ist also kein Moment zum Verzagen, sondern einer fürs Anpacken; denn sonst profitieren nur diejenigen destruktiven Kräfte, die ohnehin von Spaltung und Misstrauen leben. **Diese Studie will zeigen, dass es für gesellschaftliche Akteure sehr wohl reichlich Ansatzpunkte dafür gibt, ihren Beitrag zu einer Besserung zu leisten.**

Wie das gehen kann? Auf vielerlei Weise.

Politische Akteure sollten versuchen, der Bevölkerung stimmige Ziel- und Zukunftsbilder zu vermitteln. Mit diesen Bildern sollten sie beschreiben, wo sie mit dem Land hinwollen und wie sie dabei die Großprobleme angehen, die Menschen derzeit umtreiben. Das ist ihnen bislang noch nicht ausreichend gelungen. Die allermeisten in unserem Land wollen keine kurzfristigen Manöver oder taktischen Scharmützel. Vielmehr wünschen sie sich politische Entwürfe, die unsere derzeitigen Herausforderungen klar benennen und sie in ein besseres Morgen überführen. Ja, manche Menschen sind „transformationsmüde“, weil sie nicht wissen, was mit Transformation positiv gemeint sein soll. Sie sind deswegen aber noch längst nicht verbesserungsmüde. In diesem Sinne ist Vertrauen eine Zweibahnstraße: Auch die politischen Kräfte sollten Vertrauen in die Menschen haben und sie nicht unterschätzen. Unser Land energisch besser zu machen, dafür programmatische Vorschläge vorzulegen, und bei langwierigen Projekten (wie etwa der Energiewende) immer wieder Zwischenstände einzuordnen, sollte das Gebot der Stunde sein. Das ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um illiberalen Kräften die Räume so eng wie möglich zu machen. Die Verantwortung hierfür tragen alle demokratischen Kräfte zusammen.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind – wir haben es weiter oben gesehen – mit am besten platziert, um Menschen in unserer Gesellschaft Gefühle der Verbundenheit zu geben. Sie können vor Ort einen Unterschied machen und glaubhaft die Stimme für gesellschaftliches Handeln erheben. Ihnen attestieren die Bürgerinnen und Bürger schon heute am ehesten eine große Verantwortungsübernahme. Dieses Vertrauen kann womöglich noch gesteigert werden, wo Zivilgesellschaft ihre eigenen Anliegen mit den Wünschen und Zielen der Menschen nach einem funktionierenden und gerechten Land zusammendenkt; und wo sie auch die „Zuhör“- und „Verstärker“-Rolle für Bevölkerungsperspektiven einnimmt, die bislang zu wenig gehört werden. Das ist nicht nur in Wahljahren wichtig. Und dazu gehört auch das Begründen neuer gesellschaft-

licher Allianzen, zum Beispiel mit den vielen Millionen „Alltagsheldinnen und -helden“: Menschen, die jeden Tag für andere da sind, ihren Beitrag leisten und dafür nicht immer ausreichend wertgeschätzt werden. Das Ziel einer warmen und menschlichen Gesellschaft kann niemand besser stark machen als unsere Zivilgesellschaft.

Mediale Akteure können überlegen, wo sie selbst der Gefahr unterliegen, Debatten übermäßig zu vereinfachen und an Differenzierung oder Offenheit der Betrachtung zu verlieren – gerade, wenn die Gelegenheit zur kurzfristigen Zuspitzung lockt, wie etwa in politisch bewegten Zeiten. In unseren Forschungsgesprächen merken wir immer wieder, wie wenig Lust die meisten Menschen auf aufgepeitschte Stimmungslagen haben und wie wichtig ihnen verlässliche und unaufgeregte Informationen sind. Sie wollen sich zu den großen Themen unserer Zeit differenziert positionieren können. Zudem können Medien immer wieder prüfen, welche gesellschaftlichen Perspektiven sie womöglich selbst nicht immer „auf dem Schirm“ haben – wessen legitime Bedarfe und Ambitionen vielleicht noch mehr Öffentlichkeit brauchen, damit die Breite unserer Bevölkerung das Gefühl haben kann, auf der gesellschaftlichen Bühne vorzukommen.

Wirtschaftliche Akteure und Unternehmen sind eine prägende Kraft unserer Gesellschaft. Man denke nur an die Bedeutung von Arbeit und Konsum für unsere Lebenswirklichkeit, unseren gesellschaftlichen Ausblick und die Begegnung untereinander. Zudem nimmt die Wirtschaft für viele Menschen in unserem Land einen hohen Stellenwert ein, wenn es darum geht, worüber wir uns in Deutschland identifizieren – und wer einen „Hebel“ hat, um Gesellschaft zu gestalten.²⁰ Das ist einerseits schön für Unternehmen. Andererseits bedeutet es aber auch Verantwortung, das Ganze mitzudenken. Zuletzt berichteten uns Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter zudem immer häufiger, in welchem Maße sie selbst die Spannungen unserer Zeit in ihren Unternehmen spüren und dass es nicht leicht ist, damit umzugehen. Um derlei Herausforderungen anzugehen, braucht unsere Wirtschaft ein geordnetes Nachdenken über ihre gesellschaftliche Rolle und ihre Möglichkeiten.

Wir Bürgerinnen und Bürger insgesamt sollten uns immer wieder vor Augen führen, dass wir mit unseren derzeitigen Sorgen beileibe nicht allein sind. Die allermeisten hierzulande wollen ein menschliches und leistungsstarkes Land. Es wird Zeit, dass wir mehr miteinander darüber sprechen, uns auf geteilte Perspektiven besinnen, anstatt pauschal voneinander Negatives anzunehmen. Das geht bei so vielen Millionen Menschen nicht über Nacht, aber jede alltägliche Aufmerksamkeit, jede interessierte Nachfrage und unterlassene Vorverurteilung können uns dabei weiterbringen – vor allem, wenn die „großen Akteure“ dann noch ihren Teil tun und uns anhand ihrer Zukunftsentwürfe und gesellschaftlichen Interventionen Stoff geben, über den wir uns verständigen können. Bei uns im Kleinen, im privaten Umfeld, sind wir ohnehin schon Meister der Verständigung. Nutzen wir das Wahljahr 2025 auch dazu, um auf Bürgerinnen- und Bürgerebene darüber zu sprechen, was wir alle mit dieser Gesellschaft noch vorhaben.

In diesem Sinne laden wir von More in Common alle relevanten Akteure zum Austausch darüber ein, wie wir in diesem Land wieder mehr Zuversicht stiften, Perspektiven aufgreifen und Orientierung bieten können.

20 Vgl. die erste Ausgabe unseres Magazins „Begegnungsradar“ mit dem Schwerpunkt „Unternehmen als Begegnungsorte“ aus dem Jahr 2023.



**More in
Common**